

Mittelschicht 85 Pf., monatlich 3.50 M.
im voraus zahlbar, Postbezug 4.32 M.
einschließlich 60 Pf. Postzeitung 60- und
72 Pf. Postzeitung 60- und 72 Pf. Postzeitung
abonnements 6.- M. pro Monat; für
Länder mit ermäßigtem Drucklohn-
posten 5.- M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-
lich zweimal, Samstags und Sonntags
einmal, die Abendausgabe für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“ illustrierte Beilage „Welt
und Zeit“, Berliner „Frauenstimme“,
„Tageblatt“, „Blatt in die Arbeiter-
jugend“, „Vorwärts“-u. „Stadtbeilage“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Die einpalt. Kennzahl 40 Pf.
Mittelschicht 85 Pf. — „Kleine An-
zeigen“ das festgedruckte Wort 25 Pf.
(schlief zwei festgedruckte Worte), jedes
weitere Wort 12 Pf. Rabatt 10 Pf. für
Wochensprüche das erste Wort 15 Pf.,
jedes weitere Wort 10 Pf. Worte über
15 Buchstaben zahlen für zwei Worte.
Arbeitsmarkt Seite 60 Pf. Familien-
anzeigen Seite 40 Pf. Anzeigenannahme
im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochent-
lich von 8 1/2 bis 17 Uhr.
Der Verlag behält sich das Recht der
Wählung nicht genehmiger Anzeigen vor!

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Dönhofs 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Volkschekkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, Lindenstr. 3, Dt. B. u. Disz.-Gef., Depositenk., Jerusalemstr. 65-66.

Noch 4 628 000 Arbeitslose.

In der ersten Aprilhälfte nur 120 000 Arbeitslose weniger.

Die Entwicklung des Arbeitsmarktes in den ersten beiden April-
wochen bringt eine schwere Enttäuschung. Während in der
zweiten Märzhälfte die erste Entlastung des Arbeitsmarktes einen
Rückgang von 224 000 Erwerbslosen brachte, hat sich
nach dem Bericht der Reichsanstalt die Zahl der Erwerbslosen in der
Zeit vom 1. bis 15. April nur um 120 000 Arbeitslose
verringert. Damit waren am 15. April noch 4 628 000 Arbeit-
suchende vorhanden. Insgesamt sind also in diesem Frühjahr erst
344 000 Erwerbslose wieder eingestellt worden, während im ver-
gangenen Jahr schon bis Ende März 300 000 Arbeitslose
wieder Beschäftigung gefunden hatten. Die saisonmäßige Erleichterung
hat also bisher in diesem Jahr einen viel geringeren Umfang
als im Frühjahr 1930.

Wenn demgegenüber die Reichsanstalt in ihrem Bericht fest-
stellt, daß die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger um 212 000
und die Zahl der Krisenunterstützten um rund 34 000 Personen ge-
sunken ist und daran die Feststellung knüpft, daß die Entlastung
einen größeren Umfang als in der gleichen Zeit des Vorjahres an-
genommen habe, so halten wir diese Erklärungen für eine Zere-
klärung der Öffentlichkeit. Jeder Miteingeweihte wird hieraus
entnehmen, daß der Arbeitsmarkt eine erhebliche Entlastung erfahren
habe, während der starke Rückgang der von der Versicherung
unterstützten Arbeitslosen doch tatsächlich nur damit
zusammenhängt, daß die Krisenunterstützung Ende März vom

Reichsarbeitsminister Stegerwald nicht mehr verlängert wurde,
so daß Aussteuerungen in großer Zahl erfolgten. Dies zeigt
ganz klar die Differenz von 126 000 Personen zwischen der Ver-
minderung der Arbeitslosen überhaupt und dem Rückgang der ver-
sicherten Erwerbslosen.

Die Einzelberichte aus wichtigsten Berufsgruppen zeigen, daß der
Abzug von Arbeitskräften in die Landwirtschaft vorläufig nur
zögernd Fortschritte macht. Hier spielt sicherlich die ungünstige
Witterung eine Rolle. Im Baugewerbe hat sich die Arbeits-
lage gegenüber der Tiefbauarbeiten besser entwickelt als die Hochbau-
tätigkeit, bei der sich jetzt schon Finanzierungsschwierigkeiten fühlbar
machen. Die Baustoffindustrien haben mit Ausnahme der
Ziegelteien in ziemlich erheblichem Umfang neue Kräfte eingestellt.

Im Steinkohlenbergbau hat sich die Lage sogar noch
verschlechtert, und im Ruhrbezirk wurde ein weiterer Abbau von
Belegschaften vorgenommen. Auch in der Eisen- und Stahlindustrie
macht sich noch keine Erleichterung des Krisendruckes fühlbar. In
der Metallverarbeitung ist die rückläufige Bewegung zwar
zum Stillstand gekommen, jedoch kann im ganzen von einer Belebung
noch nicht die Rede sein. Ähnliches gilt für das Holz- und Schnit-
stoffgewerbe. Der Arbeitsmarkt in der Spinnstoffindustrie und dem
Bekleidungsgebiete hat im allgemeinen eine Weiterentlastung er-
fahren; jedoch liegt der Beschäftigungsgrad langsamer als in der
zweiten Märzhälfte.

Gegen die Brotteuerung.

Forderungen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Im Namen des Vorstandes der sozialdemokratischen Reichstags-
fraktion hat Abg. Dr. Breitscheid folgendes Schreiben an den
Reichsfinanzminister Dr. Brüning gerichtet:

„In einer Reihe von Städten, insbesondere in Köln, Duisburg,
Hamborn, Dortmund, Hamburg, Hannover, Stettin ist in den letzten
Wochen der Brotpreis erhöht worden; am Montag, dem 20. April
auch in Berlin.

Diese Brotpreiserhöhung ist nicht nur geeignet, eine sehr ernst-
hafte Beanspruchung in der Bevölkerung hervorzurufen, sondern
sie steht auch im Widerspruch zu der Bestimmung des Zollgesetzes
vom März 1931,

wonach die Regierung verpflichtet ist, „mit den ihr zur Verfügung
stehenden Mitteln einer Erhöhung des Brotpreises über den vom
Statistischen Reichsamt ermittelten durchschnittlichen Brotpreis der
letzten sechs Monate vor Inkrafttreten dieses Gesetzes vorzubeugen“.

Die Reichsregierung hat in den Wochen vor der Verabschiedung
des neuen Zollgesetzes durch den Mund des Reichsfinanzministers
und des Herrn Reichsernährungsministers wiederholt erklärt, daß in
den heutigen Notzeiten

eine Erhöhung der Preise der wichtigsten Lebensbedürfnisse,
insbesondere des Brotes, unbedingt vermieden werden müsse.

Durch das neue Zollgesetz vom März 1931 sind der Regierung über
die bisherigen Ermächtigungen hinaus neue Vollmachten verliehen
worden, die Zollsätze für sämtliche landwirtschaftlichen Erzeugnisse
ohne unmittelbare Mitwirkung des Reichstages der Wirtschaftslage
entsprechend festzusetzen. Diese Vollmachten legen der Reichsregie-
rung aber die Verpflichtung auf, den im neuen Zollgesetz ausdrück-
lich enthaltenen Verbraucherschutz mit der allergrößten Sorgfalt
durchzuführen.

Wir gestatten uns daher, die Reichsregierung darauf aufmerk-
sam zu machen, daß nicht nur auf dem Gebiete des Roggenbrot-
preises die unmittelbare Gefahr einer Verletzung der gesetzlichen
Verbraucherschutzbestimmungen besteht, sondern

daß auch durch die Entwicklung des Weizenmarktes eine Ueber-
schreitung des im Gesetz festgelegten Richtpreises zu befürchten ist.

Darüber hinaus wirkt sich die Preisentwicklung an den Futter-
getreidemärkten zu einer immer drückenderen Belastung der auf
Futtermittelzutau angewiesenen bäuerlichen Bevölkerung aus, einer
Belastung, die um so ungerechtfertigter ist, als die Ueberfüllung auf
dem Roggen- und Kartoffelmarkt, die den Anlaß zur Dröselung
der Futtermittelmarkt gab, heute überwunden ist.

Wir halten daher folgende Maßnahmen auf dem Ge-
biete der Getreidepolitik für dringend erforderlich:

1. Eine Senkung des Roggenpreises in dem Um-
maß, wie es erforderlich ist, um die Brotpreiserhöhungen, die seit
der Verabschiedung des Zollgesetzes vorgenommen wurden, wieder

rückgängig zu machen. Sollten die Bestrebungen der Regierung,
eine Senkung des Brotpreises durch eine Verringerung der Preis-
spanne zwischen Roggen und Mehl bzw. Mehl und Brot herbei-
zuführen, nicht innerhalb eines ganz kurzen Zeitraumes erfolgreich

Heute abend: Frauen - Kundgebung

In der
„Neuen Welt“ — Beginn 20 Uhr.

sein, so wäre schon jetzt für diesen Fall eine Senkung des Roggen-
zollses vorzusehen.

2. Sofortige Verbilligung der Weizeninfuhr
in dem Ausmaß wie es erforderlich ist, um die Ausrechterhaltung
des im Gesetz festgelegten Richtpreises von 260 Mark je Tonne
sicherzustellen.

3. Verzicht auf die beabsichtigte Erhöhung des Hafer-
zollses.

4. Verbilligung der Futtergetreideinfuhr in der
Weise, daß beim Bezuge von einem Doppelzentner Kartoffelflocken
der Anspruch auf den Bezug von zwei Doppelzentnern zollbegün-
tigter Gerste gegeben wird, und zwar zu einem Zollsatz, der wesent-
lich unter dem heutigen Satz von 6 Mark pro Doppelzentner liegt.“

Der Haß gegen den 1. Mai.

Deutschnationaler Protestbrief.

Der Deutschnationale von Winterfeldt verlangt vom
Reichsminister des Innern, daß er die Genehmigung der Maidemo-
stration in Berlin verbiete. Er hat einen Protestbrief an Wirth
und Severing gerichtet.

15 Proz. Lohnabbau!

Für die Angestellten von Nordwest.

Düsseldorf, 22. April.
Unter dem Vorsitz des Schlichters Prof. Brahn wurde heute
für die Angestellten von Nordwest ein Schiedsspruch
gefällt, nach dem die Tarifgehälter der Hauptgruppen ins-
gesamt um 15 Proz. und die der beiden unteren Gruppen um
10 Proz. gekürzt werden. Der Schiedsspruch wurde von
Arbeitgeberseite Nordwest angenommen. Die Stellungnahme der
Angestelltenvereinigungen steht noch aus. Die Erklärungsfrist läuft
bis zum 24. April 1931.

Spaniens Wehrmachtsgefahren

Die Unterordnung der Militär- unter die Zivilgewalt.

Die spanische Republik scheint sich trotz anfänglicher
Schwierigkeiten rasch durchgesetzt zu haben, rascher vielleicht,
als man vermuten konnte, und hat die im Augenblick größte
Gefahr, die Gefahr des katalanischen Separatismus, wohl
glücklich überwunden. Die politisch ungezogen und menschlich
peinlichen Behauptungen der Hugenberg-Presse, daß Spanien
wenige Stunden nach der Abreise des Königs sich in voller
Auflösung befinde, haben sich nicht bewahrheitet. Katalonien
steht, wie die Telegramme seiner Minister an die „Vorwärts“-
Redaktion beweisen, hinter der spanischen Republik, und man
wird dem politischen Geschick und der moralischen Besonnen-
heit der Politiker in Madrid und Barcelona seine Anerken-
nung nicht versagen können. Fürs erste jedenfalls ist der Weg
zu gestaltender Arbeit frei, und die Freunde der jungen
Republik in Deutschland sind ihrer ersten Sorgen um das frei-
heitliche Geschick der spanischen Nation enthoben.

Dennoch ist es notwendig, auf eine besondere Gefahren-
quelle aufmerksam zu machen, die bei der Freude über den
ersten kühnen und glücklichen Anlauf des spanischen
Republikanerturns leicht übersehen werden kann. Es ist nicht
zu verkennen, daß die Kräfte, die den Umsturz in Spanien
herbeigeführt haben, sozial und politisch sehr ungleich-
artig sind und sich aus den verschiedenartigsten Lagern re-
krutieren. Da sind einmal gewisse konservative Gruppen,
die sich unter Führung und unter dem Einfluß des Großen
Romanones befinden. Da sind die liberalen Kreise aus
Handel und Industrie, die für den aufstrebenden Kapitalismus
des Landes in der feudalen Ordnung der Monarchie einen
zähen Gegner fanden. Da ist die glanzvolle und zahlreiche
akademische Intelligenz und sind schließlich die ge-
werkschaftlichen und politischen Organisationen der Ar-
beiterklasse, die allerdings zahlenmäßig infolge der
zurückgebliebenen Entwicklung des Landes nicht allzu stark
sind. Zu diesen Gegnern der Monarchie kommt ein ganz be-
sonderer und vorsichtig zu bewertender Faktor, das Offizier-
korps, insbesondere das Offizierkorps der Artillerie, der
Fliegertruppen und der technischen Regimenter.

Die Ursachen für die antimonarchistische Einstellung in
diesen Kreisen sind mannigfach und nicht ganz klar zu über-
sehen. Zu einem Teil mögen es die auch in Deutschland be-
kannten Spannungen zwischen dem bürgerlichen und dem
adligen Offizier gewesen sein, die die antimonarchistische Ein-
stellung der genannten Kreise bestimmt haben. Zum anderen
Teil waren es wohl Beziehungen zur revolutionä-
ren akademischen Intelligenz, deren antimonarchische Hal-
tung gerade auf die Offiziere der technischen Waffengattungen
einen gewissen Eindruck gemacht haben mögen. Zum größeren
Teil aber wird wohl der unglückliche Ausgang des
marokkanischen Feldzugs eine beim Berufssoldaten
natürliche Erbitterung hervorgerufen haben, wobei unter-
strichen werden muß, daß für weitere Kreise auch außerhalb
des Offizierkorps der Name des Königs mit dem blutigen und
kostspieligen Mißerfolg in Marokko verbunden geblieben ist.

Diese reichlich bunt zusammengesetzte Anhängerschaft wird
die junge spanische Republik zweifellos vor ernste Aufgaben
stellen. Sie wird darauf zu achten haben, daß sie einen Kar-
dinalfehler aller republikanischer Revolutionen im letzten
Jahrhundert nicht wiederholt, nämlich die U n t e r w e r f u n g
d e r A r m e e. Es wird keinesfalls genügen, die unklare anti-
monarchische Stimmung der oben genannten Offizierkreise
als politisch umrissenes Bekenntnis anzusehen. Es wird auch
nicht genügen, die zunächst zweifellos ehrlich gemeinten
Loyalitätsbekenntnisse der Führer aller Grade als Grundlage
für die künftige Wehrpolitik der Republik anzusehen. Die
spanischen Republikaner werden begreifen müssen, daß die
Armeefrage bei einer republikanischen Staatsgründung eine
Frage ganz besonderer Art ist, die mit größter Sorgsamkeit
und Entschiedenheit behandelt werden muß.

Wir brauchen in diesem Zusammenhang nur an das
tragische Geschick der deutschen Revolution von 1848 zu er-
innern. Das Parlament in der Paulskirche war eine Ver-
sammlung der erlesensten und besten Geister der Nation, eine
wahrhaft erlauchte Versammlung, die an idealistischem
Schwung, an Reichtum der Ideen und der Sprache ihres-
gleichen so bald nicht wieder findet. Die Verfassung von 1849,
die die bemerkeinstwerteste Leistung dieses Parlaments gewesen
ist, ist trotz vieler Mängel ein Musterbeispiel guter Verfassungs-
arbeit, und trotzdem hat diese noch so gute Verfassung das
Geschick der Revolution nicht aufhalten können, und erst ein
Lassalle mußte den deutschen Arbeitern klarmachen, daß Ver-
fassungsfragen nicht so sehr Fragen der staatsrechtlichen Kon-

struktion, als vor allen Dingen Machtfragen sind. Wird die spanische Republik begreifen, daß von der durchgreifenden Lösung der Machtfrage, vor allem also der Wehrmachtsfrage, das Schicksal der künftigen Verfassung, das Schicksal der Staatsform, das Schicksal des nationalen Lebens abhängt?

Gerade aber hier tauchen schwere Gefahren auf, die es rechtzeitig zu beachten gilt. Schon hat der eine Führer der spanischen Offizierrevolutionäre, der bekannte Dzeanflieger Major Franco, politische Erklärungen abgegeben, die beweisen, daß dieser Offizier sicher ein mutiger und frischer Mensch ist, auf jeden Fall ein guter Soldat, aber kaum ein zuverlässiger Politiker. Er hat diese Erklärungen abgegeben in seiner Eigenschaft als Generalinspekteur der Luftmacht, zu welchem hohem Amt ihn die republikanische Regierung aus der Pariser Verbannung heraus bestellt hatte, und er hat gezeigt, daß er mehr sein will, als nur ein Soldat der neuen Republik. Man braucht dabei den Inhalt seiner Erklärungen gar nicht so sehr in Betracht zu ziehen. Man kann sogar der Auffassung sein, daß seine Behauptung, die Revolution müsse weitergehen und zu einer wirklichen Bereinigung der innerpolitischen Verhältnisse führen, berechtigt und richtig ist. Es ist jedoch ein Unterschied, ob man solche Erklärungen als Führer einer politischen Partei oder als Armeeführer abgibt, und der wichtigste aller republikanischen Grundzüge, nämlich der, daß die Zivilgewalt der militärischen auf jeden Fall übergeordnet ist, darf auf keinen Fall verletzt werden. Die spanische Republik gerät hier an ein besonders ernstes Problem und muß sich das üble Beispiel der zahlreichen südamerikanischen Republiken vor Augen halten, in denen durch politisierende Militärs die Freiheit des Volkes zur Selbstbestimmung zur vollkommenen Illusion geworden ist.

Eine Unterscheidung zwischen dem Soldaten als Staatsbürger und als Soldaten mag in der Theorie schwierig sein, in der Praxis ist sie möglich und nötig. Sie ist deshalb nötig, weil der bewaffnete Staatsbürger als Soldat oder gar als Soldatenführer beim Aussprechen seiner politischen Meinung naturgemäß leicht eine größere Resonanz findet, als ein anderer. Es kommt alles darauf an, daß die Republikaner Spaniens gerade in dieser Frage bald zu klaren Bestimmungen, vernünftigen Regelungen und festen Abgrenzungen gelangen. Sie werden darauf achten müssen, daß Armee und Marine feste und vollkommen zuverlässige Bestandteile der republikanischen Staatsgewalt werden, weil sie erst dann mit wirklicher Sicherheit und ungestört von Gefahren an den inneren Ausbau des jungen Staatswesens herangehen können. Sie werden daher gewiß nicht die politischen Rechte der Soldaten aller Grade beschneiden müssen; im Gegenteil, sie werden sie mindestens in Sachen des aktiven Wahlrechts sogar leicht erweitern können. Sie werden aber gleichzeitig Vorkehrungen treffen müssen, daß das hohe Gut der staatsbürgerlichen Rechte für den einzelnen Soldaten nicht für abenteuerliche Pläne politisierender Militärs mißbraucht wird. Sie werden sich sagen müssen, daß Spanien so lange mit aller Sicherheit Republik sein wird, so lange die bewaffnete Macht der Republik gegenüber loyal ist und nicht nur loyal bleibt, sondern gläubig und herzlich mit dem Gedanken des neuen Staates verbunden ist. Nur so können unabsehbare Gefahren gebannt werden.

Sie sind wieder da!

Die Hakenkreuzler schleichen in den Reichstag.

Die Nazis abgeordneten sind am Mittwoch in dem Untersuchungsausschuß für Roggenzüchtung im Reichstag wieder erschienen. Die Teilnahme an den Arbeiten des Ausschusses bedeutet den Abbruch des Parlamentsstreiks und die bedingungslose Wiederbeteiligung an den Arbeiten des Reichstags.

Selten hat eine politische Partei sich durch eigenes Verschulden eine so große Niederlage zugezogen, wie das die Nazis durch ihren Auszug aus dem Reichstag am 10. Februar getan haben. Damals wollten sie durch ihre Abstinenz den Reichstag sprengen, glaubten sie, daß ihre Abwesenheit den Reichstag arbeitsunfähig machen würde. Ja, sie hofften schließlich auch, daß die Regierung Bränning sie de- und wehmütig um ihre Rückkehr bitten würde und sie dann als die Triumphtoren Deutschlands dastehen würden. Drohend erklärte der nationalsozialistische Abgeordnete Stöhr damals, daß alle ohne die Nationalsozialisten zustandekomme Gesetze verfassungswidrig und rechtsunwürdig seien und die Nazis ihre Ausführung zu verhindern wissen würden.

Weder diese Drohung hat gewirkt, noch sind die Hoffnungen der Nazis in Erfüllung gegangen. Der Reichstag wurde ohne die Nazis arbeitsfähig, als er es vorher war. Der Zusammenhalt unter den Parteien, die hinter der Regierung stehen, festigte sich und ermöglichte eine Arbeitsgemeinschaft mit der Sozialdemokratie, die trotz gewisser Schwierigkeiten die wichtigsten aktuellen Fragen parlamentarisch erledigte.

Wenn jetzt die Nazis ohne Bedingungen, ohne Vorbedingungen, ganz unauffällig in den Reichstag zurückschleichen und sich dort an der Arbeit beteiligen, als wenn sie niemals gescheitert hätten, so ist das das schmerzhafteste Eingeständnis ihrer katastrophalen Niederlage und ihrer verheerenden Taktik.

Russische Werkspionage.

Neue Fäden aufgedeckt.

Kachen, 22. April (Eigenbericht).

In Kachen wurde ein Dipl.-Ing. Pech verhaftet, der als Chemiker in einer Firma, die splitterreies Sicherheitsglas fabriziert, beschäftigt war. Er hatte sich, wie durch die Kriminalpolizei festgestellt wurde, mit verschiedenen Staaten in Verbindung gesetzt, um ihnen gegen klingenden Lohn das Fabrikationsgeheimnis, das allein die Kachener Firma kennt, zu verkaufen. Das beste Anerbieten scheint ihm die russische Handelsvertretung in Berlin gemacht zu haben. Einwandfrei steht ferner fest, daß Kachener und Kachener Kommunisten Vermittlerdienste zwischen dem Herrn Dipl.-Ing. Pech und der russischen Handelsvertretung in Berlin leisteten. Damit findet die Feststellung, daß Ausland ein ganzes Netz intensiver Werkspionage über ganz Deutschland gezogen hat, eine weitere Bestätigung.

Zunkerterror in Ostelbien.

Eine Lehre des Stahlhelm-Volksbegehrens.

Eine endgültige Uebersicht über das Ergebnis des Stahlhelm-Volksbegehrens liegt zur Zeit noch nicht vor. Die Bundesleitung des Stahlhelms nennt 6 Millionen als ungefähre Ziffer der Einzelnennungen, und die Rechtspresse bemüht sich, aus diesem Ergebnis einen Erfolg zu machen. In Wahrheit bedeutet es einen Misserfolg, denn die Zahl der Einzelnennungen bleibt danach um rund ein Drittel hinter der Stimmenzahl zurück, die die das Volksbegehren betreibenden Parteien bei den Septemberwahlen in Preußen erzielt haben. Die Presse der Rechten sucht deshalb bereits nach Entschuldigungen, und so liest man, daß bei wirklich freier Meinungsäußerung die Zahl der Einzelnennungen beträchtlich höher gewesen sei.

Nun ist sicherlich bei einem sehr erheblichen Teil der Bevölkerung die Freiheit der Entschliebung gegenüber dem Volksbegehren sehr erheblich beeinträchtigt gewesen — jedoch zugunsten des Volksbegehrens. Im allgemeinen ist in den großen Städten und in den industriellen Bezirken die freie Meinungsäußerung gewährleistet, in den ausgesprochen agrarischen Gebieten jedoch wird sie durch den reaktionären Terror der Gutsbesitzer auf das schwerste beeinträchtigt. Hier ist ein sehr ernstes Nachwort zu der Aktion des Stahlhelms notwendig!

Die Eintragungsziffern in den beiden ostelbischen Bezirken Pommern und Ostpreußen unterscheiden sich sehr wesentlich von den Eintragungsziffern im übrigen Preußen, namentlich in den Dörfern. In Pommern sind in einzelnen Kreisen Eintragungsziffern von über 60 Proz. der Stimmberechtigten festgestellt worden, so in Greifenberg (Kreis) 61 Proz., Regenwalde (Kreis) 63 Proz., Cammin (Kreis) 63 Proz., Dramburg (Kreis) 70 Proz., Kreis Schwelbin 70 Proz., Subitz (Kreis) 73 Proz. Das sind die Kreise, die schon beim Young-Volksbegehren ähnlich phantastisch hohe Eintragungsziffern erzielten, was sich aus dem grenzenlosen Terror der Großgrundbesitzer erklärt.

Im ganzen sind in den beiden Provinzen Pommern und Ostpreußen fast eine Million Eintragungen gezählt worden. Die Zahl der Stimmberechtigten in beiden Provinzen beträgt etwa 10 Proz. der Stimmberechtigten in ganz Preußen, die Zahl der Eintragungen jedoch 17 Proz. der Gesamteintragungen! Diese Ziffern zeigen deutlich genug, wo die freie Meinungsäußerung bei diesem Volksbegehren eingeschränkt gewesen ist!

In den Eintragungsziffern in Pommern und Ostpreußen kommt der wahre Sinn der Stahlhelmaktion gegen die Preußenregierung zum Ausdruck. Die nach der Revolution entsandte ostelbische Junkerkaste betreibt diese Aktion, um die Staatsgewalt in Preußen wieder in die Hand zu bekommen und sie für ihre Sonderinteressen gegen das Volk auszunutzen zu können. Diese Kaste hat bei der öffentlichen Einzelnennung rücksichtslos mit terroristischen Mitteln gearbeitet, um die wirtschaftlich abhängige Bevölkerung ihren Interessen dienstbar zu machen. In öffentlichen Aufrufen ist in diesen Provinzen erklärt worden, daß nicht willfährige Arbeiter entlassen und Geschäftsleute bankrottieren werden würden. Die Drohung mit der Vernichtung der Existenz hat sehr viele zur Einzelnennung geführt, die sich nur zähneknirschend dem Druck des Terrors gebeugt haben. Man wird nach dem Volksentscheid die Möglichkeit haben, zu kontrollieren, ob die Zahl der für das Volksbegehren gezeigten Stimmen sich dem tatsächlichen Stande der Einzelnennungen wieder erreichen wird. Vor allem aber werden die kommenden Landtagswahlen sehr deutlich zeigen, daß die Eintragungsergebnisse im Herrschaftsgebiet der ostelbischen Junkerkaste nicht dem politischen Willen der Bevölkerung entsprechen!

Die Fälscherwerkstätte.

Die Herkunft des erlogenen Stahlhelmflugblattes.

Unser Münchener Parteiblatt, die „Münchener Post“, hat die Fälscherwerkstätte aufgedeckt, in der der angebliche Aufruf der Volksbeauftragten fabriziert worden ist. Der Druckvermerk Ostberg-München hat dazu den Fingerzeig gegeben. Die „Münchener Post“ Nr. 91 vom 21. April schreibt:

„Der Urheber dieses ganzen Riesenschwindels ist damit erneut gekennzeichnet, es ist der ehemalige Polizeibeamte Ostberg. Dieser trieb es 1923 so arg, daß ihn selbst die damals total korrupte Münchener Polizei nicht mehr halten konnte. Er übernahm dann in der Jahnstraße einen Salzstößlerladen und empfahl sich dabei als gemahregelter Polizeibeamter. Das Geschäft schien seinen Mann nicht zu ernähren. Da hatte er aber das gefunden, was ihn entperrt. Er hatte in der Regimillanstraße einen Wahlflugblätterverlag aufgemacht. Aus dem, was er da vertreibt, kann man auf den Mann und seine Partei schließen. Was mag das einmal als Polizeibeamter für eine Ordnungsgewissen sein, die sich heute in einem derartigen Unrat wohlfühlt? Diese Flugblätter und Handzettel, im übrigen in schamlos geschriebenen, strotzen vor Lügen, Verleumdungen und Gemeinheiten.“

In unseren Händen ist eine Reihe von Flugblättern der Hakenkreuzer, von denen ein Teil die Seid in München in der Schillerstraße gedruckt worden ist, und ein anderer Teil bei B. J. Mayr in Wiesbach, in der Sudelstraße des „Wiesbacher Anzeigers“. Die „Münchener Post“ hat bereits vor einem Jahr, in ihrer Nummer vom 14. August 1930, das Treiben dieser Ostberg-Zentrale enthüllt.

Uns war auch bekannt, daß das Ostberg-Flugblatt über den erlogenen Aufruf der Volksbeauftragten für den sächsischen Landtagswahlkampf herausgegeben wurde.“

Die Fälschung ist einwandfrei festgestellt, die Fälscherwerkstätte ist aufgedeckt — aber der Stahlhelm schweigt hartnäckig und mit ihm die Rechtspresse. Blätter vom Schlage des „Lokal-Anzeiger“ suchen immer noch den Eindruck zu erwecken, als ob dieser Aufruf echt sei. Es ist klar, daß dies wider besseres Wissen geschieht!

„Der böhmische Stahlhelm“ verboten.

München, 22. April.

Die in München erscheinende Halbmonatsschrift „Der böhmische Stahlhelm“ wurde wegen Zuwiderhandlung gegen die Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen bis 11. Mai 1931 einschließend verboten.

An dieser schamlosen Terrorisierung der wirtschaftlich abhängigen Bevölkerung haben sich preußische Gemeindevorsteher und Amtsvorsteher in der unerfreulichsten Weise beteiligt. Die Erfahrungen, die man sowohl beim Young-Volksbegehren für die Fürstentümern wie beim Young-Volksbegehren mit der öffentlichen Einzelnennung in diesen agrarischen Gebieten gemacht hat, sind diesmal bestätigt und übertroffen worden.

Dieser Terror geht zurück auf zentrale Anweisungen der agrarischen Organisationen. Auch aus anderen agrarischen Gebieten wird über diesen Terror Klage geführt.

So ist in Gerbstedt im Mansfelder Seekreis eine große Anzeige folgenden Inhalts veröffentlicht worden:

„Ich mache Kaufleute und Handwerker darauf aufmerksam, daß ein Nichteinzeichnen zum Volksbegehren wirtschaftliche Schädigungen für Sie im Gefolge hat. Am Gerbstedt, den 20. April 1931. Job Werner von der Schulenburg.“

Der Kreislandbund Bitterfeld hat folgendes Schreiben an seine Mitglieder ergehen lassen: „Uns übergeordnete Stellen haben auf Grund unserer Einzelnennungsmaßnahmen festgestellt, daß im Kreise Bitterfeld am schlechtesten eingezeichnet worden ist. Deshalb die Aufforderung, unverzüglich die restlose Einzelnennung durchzuführen. Wir werden uns die Geschäftsleute merken, die es nicht zu einer Besserung unserer Lage kommen lassen wollen, da sie aus reiner Angst der Einzelnennung fernbleiben. Wir werden uns auch die Arbeiternehmer merken, die es ablehnen, mit uns zusammenzuarbeiten, obwohl sie von uns Lohn und Brot erhalten. Für die nicht erwähnten Berufsstände trifft Vorstehendes auch zu.“

Das charakterisiert die Kreise, die lügenhaft über angebliche Beeinträchtigung der freien Meinungsäußerung gegenüber dem Volksbegehren schreiben!

Man kommt ferner nicht um die Feststellung herum, daß die staatlichen Organe in den agrarischen Bezirken gegenüber den größten Ausschreitungen an vielen Orten versagt haben. Es wird uns aus dem Kreise Torgau berichtet, daß der Ortsausschuß für das Volksbegehren in der „Schildauer Zeitung“ Nr. 45 einen Aufruf erlassen hat, in dem es heißt:

„Wer sich nicht in die Listen zum Volksbegehren einträgt, der ist ein gemeiner und feiger Lump, ein erbärmlicher Verräter an seinem preußischen Vaterland. Wer will in der Stadt Gneisenhaus solch Lump und Verräter sein? Niemand außer den wenigen roten Gefellen, die unsere Heimat zerreißt und vergiften wollen. Das stürzende System wird auch dieses Gefindel begraben. Jeder, der wieder Ordnung und Sauberkeit für Preußen erschafft, jeder, der kein Lump und Verräter ist, zeichnet sich ein.“

Gegenüber diesem ungläublich verheerenden und beschimpfenden Aufruf, der mehrere strafbare Handlungen in sich vereint, ist bisher keine preußische Behörde eingeschritten!

Aus den Erfahrungen mit diesem Volksbegehren muß der Schluß gezogen werden, daß die Macht des demokratischen Staates in diesen Hochburgen der Junkerkaste noch nicht so erstarbt ist, daß sie der wirtschaftlich abhängigen Bevölkerung unbedingten Schutz und Sicherheit gegenüber dem schamlosen Terror gewährleistet.

Die Bevölkerung in den agrarischen Hochburgen hat ein Recht darauf, daß sie der demokratische Staat gegenüber den Terroristen schützt. Wir sind sicher, sie wird bei den nächsten allgemeinen und geheimen Wahlen vor allem in diesen Gebieten den Terroristen die geführte Antwort geben!

Anklage gegen Stahlhelmführer.

Begen Vergehens gegen das Republikshutzgesetz.

Die Staatsanwaltschaft I Berlin hat gegen die Stahlhelmführer Seidte und Düsterberg Anklage wegen Vergehens gegen das Republikshutzgesetz erhoben. Das Vergehen wird in der Veröffentlichung eines von Seidte und Düsterberg unterzeichneten Aufrufes mit der Ueberschrift „Kampf dem Zwischentreich“ in „Stahlhelm“ vom 18. Januar erblickt.

Die nazireine thüringische Regierung.

Durch sozialdemokratische Stimmenhaltung gewählt.

Weimar, 22. April. (Eigenbericht.)

Der Thüringische Landtag ergänzte die thüringische Regierung am Mittwoch durch die Wahl der Landtagsabgeordneten Mackley und Döblich zu Staatsräten. Für den als Staatsrat freiwillig zurückgetretenen Staatsrat Port (Landbund) wurde Generaldirektor Baumgärtel (Sp.) gewählt.

Die Regierungsumbildung erfolgte mit den Stimmen von 19 Abgeordneten der Wirtschaftspartei, der Deutschen Volkspartei, des Landbundes und der Staatspartei. Mit Nein stimmten 13 Abgeordnete der Nationalsozialisten und Kommunisten. 14 Abgeordnete der Sozialdemokraten enthielten sich der Stimme, 7 fehlten.

Vor der Wahl fand eine lebhafteste Aussprache statt, an der sich die Nationalsozialisten, Kommunisten und Sozialdemokraten beteiligten. Wiederholt wurden die Redner stürmisch unterbrochen.

Abbau im Zwermland.

Durchgreifende Ersparnisse in der anhaltischen Staatsverwaltung.

Deßau, 22. April.

Der Haushaltsausschuß des Anhaltischen Landtages, der sich bei seinen Beratungen mit der allgemeinen Staatsverwaltung beschäftigte, nahm nahezu einstimmig grundlegende Änderungen in der anhaltischen Staatsverwaltung an, die zugleich Vereinfachung und Ersparnisse bedeuten. Die bisherigen Mittelbehörden werden beibehalten und zahlreiche Zuständigkeiten der Ministerialinstanzen gehen auf die Mittel- und Unterinstanzen über. Die Staatsschuldenverwaltung wird aufgehoben und mit der Finanzverwaltung vereinigt. Einzelne Staatsaufgaben werden den Organen der Selbstverwaltung übertragen. Es ist sicher, daß das Plenum des Landtages diese Beschlüsse bestätigen wird.

Die Roggenflügung.

Herr Stubbendorf blamiert sich, so gut er kann.

Der Untersuchungsausschuß für die Roggenflügung, der nach längerer Pause heute zum erstenmal wieder zusammentrat, wurde durch die Gegenwart der Nazis beehrt, die wohl allmählich wieder den Reichstag an ihre Unwesentlichkeit gewöhnen wollen. Sie verhielten sich aber vollkommen still und unterstützten die üblichen demagogischen Ausfälle des Landwirts Stubbendorf und des Bädermeisters Freybe nicht. Nach der Entlarvung des auf Veranlassung des Abgeordneten Stubbendorf geladenen Zeugen Krüger-Kostof als „Lügen-Krüger“, über die schon im gestrigen „Abend“ berichtet wurde, wurde die Zeugenvernehmung fortgesetzt. Durch diese sollte festgestellt werden, ob im Jahre 1928/29 durch die Tätigkeit der halbstaatlichen Getreide-Industrie- und Commissions-A.G. als Roggenverkäufer die Landwirtschaft einen Schaden erlitten hat und ob durch die Handelsmarke „deutscher polnischer Roggen“ der Preis für den angeblich besseren deutschen Roggen bei den Exportverkäufen gedrückt worden ist.

Aus den Zeugenvernehmungen wurde klar, daß die Behauptung, die Handelsmarke „deutsch-polnischer Roggen“ hätte zu einer Verdrängung des deutschen Roggens vom Exportgeschäft geführt, obwohl er in manchen Jahren, so auch 1929 gegenüber dem polnischen Roggen von besserer Qualität wäre, nicht zutrifft. Von dem Direktor der G.C. wurde ausgeführt, daß die Handelsmarke „deutsch-polnischer Roggen“, die schon 1925 gebraucht worden ist, für die deutsche Landwirtschaft vorteilhaft ist, da der polnische Roggen billiger angeboten worden ist und bei getrennter Bezeichnung der deutsche Roggen dann nicht auf dem Auslandsmarkt abgesetzt werden könnte.

Als am Schluß der Sitzung Herr Stubbendorf wieder von der sachlichen Zeugenvernehmung zu einer Polemik gegen die monopolistischen Tendenzen im Getreidehandel überging und von seiner Sachkenntnis getriebene Fragen stellte, wurde ihm vom Abgeordneten Horlacher (Bayer. Volkspartei) erwidert:

„Wenn wir so weiter fragen, wird der Ausschuß jeden Kredit verlieren. Diese Fragen sind schon in früheren Sitzungen erledigt worden. Die Fragen und Ausführungen des Abgeordneten Stubbendorf finde ich direkt naiv. Uns kommt es vor allem darauf an, zu erfahren, welche organisatorischen Änderungen angeht die kommenden Geste getroffen werden sollen; alle übrigen Fragen sind überflüssig. Sie tun so, als ob man bloß das System zu ändern und den freien Handel wieder zuzulassen brauche, um Roggen exportieren zu können. Wie wollen Sie denn bei einem deutschen Roggenpreis von 199 M. auf dem Weltmarkt mit seinem Roggenpreis von 60 M. heute noch konkurrieren? Für einen gescheiten Menschen sind doch diese historischen Betrachtungen einfach für die Katz!“

Der letzten Bemerkung schloß ich mir voll an; bis jetzt sind die Ergebnisse des Ausschusses wirklich für die Katz!

Hitler und der Separatismus.

Dunkle Dinge aus der Putschzeit.

Frankfurt, 22. April. (Eigenbericht.)

Geiern und heute fand hier die Verhandlung gegen den Bürgermeister von Dirmstein, R. M. er, statt, der wegen Reichswehr angeklagt ist. Römer soll bei der Verhandlung einer Privatklage geäußert haben, die freie Bauernschaft sei davon unterrichtet gewesen, daß der Separatisten-Putsch in der Pfalz von Rechtsfreien ausgegangen sei. Der bekannte Separatist Heinz (Orbis), der mit Hitler zusammen gewesen und hohe Beziehungen zu ihm unterhalten.

In diesem Zusammenhang wurde Adolf Hitler als Zeuge vernommen. Er wurde zunächst darüber befragt, ob zwischen seiner Bewegung und den Separatisten Beziehungen bestanden hätten. Hitler sagte aus, der stärkste Gegner dieser separatistischen Bewegung sei von jeher die nationalsozialistische Bewegung gewesen. Es sei nie zu Beziehungen zwischen ihm und den Separatisten gekommen.

Der Verteidiger, Graf Pestalozza, macht Adolf Hitler darauf aufmerksam, daß er kürzlich erfahren habe, daß der als Separatist und Landesverräter bekannte Schmig-Eppert behauptet habe, er sei mit Heinz bei Hitler gewesen, jedoch habe Schmig-Eppert dabei einen falschen Namen genannt. Hitler erwidert, wenn sich in die Geschäftsstelle München ein Mann unter falschem Namen eingeschlichen habe, könne er doch nicht sagen, daß dieser bei ihm gewesen sei.

Der Verteidiger hält ihm nun vor, daß der Zeuge Wiggers, ein früherer Bauernführer, bei Hitler gewesen sei und mit ihm gesprochen habe. Der Zeuge Wiggers wird Adolf Hitler gegenübergestellt. Hitler kann sich jedoch nicht erinnern, den Zeugen schon einmal gesehen zu haben. Wiggers erklärt, er sei am 5. Februar 1923 bei Hitler gewesen.

Die Schwester von Heinz Orbis berichtet anfangs sehr bestimmt über verschiedene Reisen ihres Bruders nach München, die den Zweck hatten, mit den Völkischen gemeinsame Sache zu machen. Aus den weiteren Mitteilungen ihres Bruders ging hervor, daß Hitler den Marsch nach Berlin unternommen und Heinz Orbis in der Pfalz operieren sollte. Die Zeugin besitzt Tagebuchnotizen, in denen unter anderem vermerkt ist, daß ihr Bruder Verhandlungen mit H. gehabt habe.

Der Diplomatwirt Walsiger aus Zweibrücken, ein ehemaliger Geschäftsführer der Freien Bauernschaft, hat den Brief des Heinz an Hitler gelesen, in dem Heinz seinen Besuch in München ankündigt, und hat ihn zur Post getragen. Er machte interessante Auslagen über die Anfänge der Separatisten-tätigkeit des Heinz, der schon im Juli 1923 illegale Pläne gehabt habe, die aber mit Separatismus damals nichts zu tun gehabt haben. Walsiger hätte sich Heinz erst später, Heinz habe übrigens den Hitler-Putsch schon im Oktober 1923 vorausgesagt, er scheint also in die intimen Pläne Hitlers eingeweiht gewesen zu sein.

Das Schwurgericht sprach nach einer kurzen Beratung den Angeklagten frei. In der Urteilsbegründung wurde unterstellt, daß Bürgermeister Römer die Redereien des Heinz geglaubt habe, als er sie weiterzählte.

Das neue Polizeiverwaltungs-gesetz. Im Verfassungsausschuß des Preussischen Landtages wurden am Mittwoch bei der Vorbereitung des neuen Polizeiverwaltungs-gesetzes die Bestimmungen über die Aufgaben der Polizeibehörden im wesentlichen nach der Fassung des Entwurfes angenommen. Der Ausschuß beschloß, am Donnerstag die erste Lesung der Vorlage zu beenden, um später noch eine zweite Ausschußberatung vorzunehmen, bevor der Entwurf an das Plenum kommt.

Der evangelische Kirchenvertrag. Die Generalsynode der evangelischen Kirche der altpreussischen Union hat am Mittwoch abend den Entwurf eines Vertrages der evangelischen Landeskirchen mit dem Freistaat Preußen in namentlicher Abstimmung mit 166 gegen 47 Stimmen angenommen.

Arbeitslosenmärchen in Stockholm. Am Mittwoch machten mehrere hundert Arbeitslose den Versuch, in das Stockholmer Rathaus einzudringen, um Forderungen auf höhere Unterstüßungen geltend zu machen. Es kam wiederholt zu Zusammenstößen mit der Polizei, die zweimal mit blauer Waffe gegen die Demonstranten vorging. Der Führer der Arbeitslosendemonstration wurde verhaftet.

Der Grund.



„Erst für'n Daler Kuchen! Dann laß ich das Brot zwei Pfennje billiger!“

Das Schicksal der Krolloper.

Die Unterfuchung im Landtagsausschuß.

Am Mittwoch wurde im Kroll-Börsen-Untersuchungsausschuß zunächst Oberregierungsrat Dr. Marks vom Kultusministerium über ein von ihm erstattetes Rechtsgutachten vernommen. Als der Vorsitzende den Zeugen ersucht, sein Gutachten zu erläutern, protestiert Abg. Stendel (D.Bp.) dagegen mit der Behauptung, daß der Zeuge nicht als Sachverständiger geladen ist. Außerdem könne er mit seinen 31 Jahren unmöglich so schwierige Auslegungsfragen beherrschen. Abg. König (Soz.) wendet sich sehr scharf dagegen, einem Zeugen sein Alter vorzuhelfen. — Die Vernehmung ergibt, daß der Zeuge sein Gutachten nach den Aktenunterlagen des Kultusministeriums ausgearbeitet hat.

Hierauf wird Ministerialrat Dr. Seelig vom Kultusministerium vernommen. Er erklärt, daß nach der Revolution die soziale Kunstpflege als dringliche Aufgabe des Staates angesehen wurde. Sollte die Repräsentationsoper unter den Bünden aufrecht erhalten bleiben,

so sollte auch der minderbemittelten Bevölkerung die Theaterkunst in jeder Form nahegebracht werden.

Es kam zum ersten Vertrag mit der Volksbühne, die die Krolloper ausbauen sollte, dafür Plätze zu billigen Preisen für ihre Mitglieder zugesichert bekam, während dafür das Haus nach 25 Jahren in den Besitz des Staates übergehen sollte. Die Installation hätte die Volksbühne dann in eine gewisse Notlage gebracht. Der Gedanke, der Volksbühne das Haus abzunehmen und in Staatsbesitz überzuführen, sei ihm angesichts dieser Tatsache zuerst ganz schwebend gekommen, aber er habe ihn dann auch deutlich zum Ausdruck gebracht.

Tatsächlich aber er die Überführung des Krollhauses in Staatsbesitz als einen Raub an der Volksbühne empfunden.

Die weiteren Verhandlungen, an denen er beteiligt war, seien zwar immer in Richtung des gemeinsamen Zieles der gemeinsamen Kunstpflege gepflogen worden, aber er habe die fiskalischen Interessen in jähem Ringen gegenüber der Volksbühne bis zuletzt mahngenommen. Auch bei der Preisfestsetzung habe die Volksbühne den fiskalischen Interessen Rechnung tragen müssen. Es sei auch eine schwere Schädigung des Staates verpöden worden durch weitgehendes Entgegenkommen der Volksbühne, die auf die ihr vertraglich zustehende Platzzahl in einem gewissen Umfang verzichtete, als die Bündenoper umgebaut wurde. Die umstrittene Klausel des § 12 des Vertrages habe er immer so verstanden, daß unter „Einführung des Staatstheaterbetriebes“ immer nur die Stilllegung der gesamten Staatstheaterbetriebe gemeint war. Einen Rücktritt des Staates vom Vertrag nur bei Stilllegung der Kroll-

oper allein halte er nicht für möglich. Jedenfalls habe die Volksbühne ihre Verpflichtungen gegenüber dem Staat erfüllt. Im übrigen sei heute keine Oper ohne Zuschuß zu halten.

Auf eine Frage des Abg. Buchhorn (D.Bp.), die auch Abg. Reier Berlin (Soz.) aufgreift, ob der in der Volksbühne führende tätige Ministerialrat Professor Kestenberg entscheidend an den Verhandlungen mit der Volksbühne mitgewirkt habe, erklärt der Zeuge, daß Ministerialrat Kestenberg in verschiedenen Differenzfällen wohl vermittelnd eingegriffen habe, daß er aber keineswegs maßgebend gewesen sei, da er kein Jurist, sondern Künstler ist.

Hierauf wird Ministerialdirektor Dr. Schnigler, jetzt im Finanzministerium und früher im Kultusministerium, vernommen, der bekundet, daß ihm die Vorgeschichte von Kroll unbekannt sei. Er habe seinerzeit im Kultusministerium als Justiziar auf jene Klausel des § 12 hingewirkt, daß man bei Einstellung des Krollbetriebes von dem Vertrag loskommen müsse. In der endgültigen Formulierung habe dann aber dieser Passus nicht den Ausdruck gefunden, für den er innerhalb seiner Abteilung eingetreten sei. Jedenfalls sei in der jetzt vorliegenden Fassung die Rechtslage zweifelhaft. Immerhin sei es zu der jetzt vorliegenden erträglichen Vereinbarung gekommen.

Denn die Fortführung der Krolloper hätte dem Staat ein jährliches Defizit von 2 Millionen gebracht, während jetzt für einen begrenzten Zeitraum jährlich 100 000 M. an eine bedeutende Kulturorganisation gezahlt werden sollen, die immerhin einen beträchtlichen Prestigeverlust erleide.

Die Forderungen der Volksbühne seien ursprünglich höher gewesen, aber dann herabgedrückt worden.

Hierauf wird im Beisein des Ministerialdirektors Dr. Schnigler noch einmal Ministerialrat Dr. Seelig über den umstrittenen § 12 des Vertrages von 1923 gehört. Bei dieser Gegenüberstellung bleibt Dr. Schnigler entschieden bei seiner Befundung, daß für ihn der Passus „Einführung des Staatstheaterbetriebes“ nur auf die Stilllegung der Krolloper bezug haben konnte. Dagegen hält Dr. Seelig ebenso entschieden an seiner Auffassung fest, die auch von Ministerialdirektor a. D. Rentwig und Oberregierungsrat Dr. Marks geteilt wird, daß nur die Einstellung der gesamten Staatstheaterbetriebe in Berlin gemeint sein könnte, weil andernfalls die übrigen Vertragsbestimmungen undenkbar wären.

Heute vormittag 10 Uhr werden die Vertreter der Volksbühne Dr. Kestierke und Kurt Baake vernommen.

Frids Schmerzensgeld.

Noch dreiviertel Jahre 80 Prozent des Gehalts.

Als Herr Frid kürzlich vom Thüringischen Landtag seines Amtes enthoben worden war, erklärte er öffentlich, daß er von Thüringen keinerlei Pension beziehe. Daraufhin hat sich der Weimarer Berichterstatter der „Eisenacher Tagespost“ die Mühe gemacht, den Dingen auf den Grund zu gehen und folgendes festgestellt:

„Da Dr. Frid vor seiner Ministerialtätigkeit nicht Thüringischer, sondern bayerischer Staatsbeamter war, so fällt er nach dem Ministergehaltsgesetz vom 21. Januar 1920 unter die Bestimmungen, die für „Minister aus freien Berufen“ gelten. Das sind Minister, die vor Übernahme dieses Amtes nicht unmittelbare Staatsbeamte des Landes Thüringen waren. Solche Minister haben im Gegensatz zu Staatsbeamten nur dann Ruhegehalt zu beanspruchen, wenn sie bei Ausübung oder aus Anlaß ihres Dienstes ohne eigenes großes Verschulden eine Gesundheitsschädigung erlitten haben, die das Ausschcheiden aus dem Amt wegen Dienstunfähigkeit zur Folge hat. Für Dr. Frid war diese Bestimmung auf keinen besonderen Antrag hin noch allgemein für Krankheit erweitert worden. Dieser besondere Fall der Dienstunfähigkeit ausgenommen, fällt also für Minister aus freien Berufen die Pension fort. Dagegen wird das volle Gehalt noch einen Monat als Abgangs-

geld weitergezahlt. Vom zweiten Monat nach dem Ausscheiden ab wird ein Uebergangsgeld in Höhe von 80 Prozent der Amtsbezüge gewährt, dessen Dauer sich nach der Amtsdauer des Ministers richtet. Dr. Frid hat Anspruch auf ein Uebergangsgeld bis einschließlich Januar 1932.“ Herr Frid hat darauf nicht verzichtet.

Hakenkreuz-Pleite.

Löhne auf Stottern — dann Konkurs.

Hannover, 22. April. (Eigenbericht.)

Wie aus Göttingen gemeldet wird, hat dort die vor einigen Jahren als Organ der Weissen gegründete „Niederländische Morgenpost“ Konkurs angemeldet. Das Blatt hat starke politische Wandlungen hinter sich. Es war zuletzt Organ der Nationalsozialisten. Außer vielen Geschäftsführern sind die Arbeiter und Angestellten die Leidtragenden des Konkurses. Schon seit Jahren wurden Löhne und Gehälter nur auf Stottern gezahlt.

Die Aufführungen in Handlars rufen erfolgreich kämpfend vor. Die Bewegung wird durch die Arbeitslosigkeit und durch die Ausbeutungsmethoden nachamerikanischer Fruchtgesellschaften gefördert. Drei USA-Kreuzer sind hingeschickt worden.

Todesurteil für Kürten.

Der Massenmörder neunmal zum Tode verurteilt. Keine Revision.

Düsseldorf, 22. April.

Im Prozeß gegen den Düsseldorfer Massenmörder Peter Kürten wurde am Mittwochmittag, 16.10 Uhr, vom Schwurgericht Düsseldorf nach eineinhalbstündiger Beratung das Urteil gefällt. Unter lausloser Spannung des vollbesetzten Verhandlungsraumes verkündete Landgerichtsdirektor Rose folgenden Urteilspruch: Der Angeklagte ist des Mordes in neun Fällen und in zwei Fällen der Notzucht und der gewalttätigen Vornahme unzüchtiger Handlungen schuldig. Er wird für jeden Fall des Mordes mit dem Tode bestraft, ferner wegen Mordversuchs in sieben Fällen zu einer Gesamtstrafe von fünfzehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Die bürgerlichen Ehrenrechte werden ihm auf Lebensdauer aberkannt. Außerdem wird er unter Polizeiaufsicht gestellt. Die zu den Taten benutzten Instrumente werden vom Gericht eingezogen. Die Kosten des Verfahrens fallen dem Angeklagten zur Last.

Zur Begründung des Urteils führte der Vorsitzende u. a. aus, es sei von größter Bedeutung, daß neben den Umständen in fast allen Fällen auch objektive Tatsachen vorliegen, die genau den Nachweis dafür erbringen, daß der Angeklagte der Täter ist. Außerdem seien unzählige Einzelheiten nachgeprüft und für richtig befunden worden. Nachdem der Vorsitzende auf die einzelnen Verbrechen eingegangen war, erklärte er, das Gericht sei zu der Überzeugung gekommen, daß Kürten in allen Fällen mit Ueberlegung gehandelt habe. Es liege nicht der geringste Anhaltspunkt dafür vor, daß Kürten seine Taten mit einem geistigen Defekt verübt hätte. Im Anschluß an die Urteilsbegründung gab Kürtens Ver-

teidiger, Dr. Wehner, die Erklärung ab, daß der Angeklagte das Urteil anerkennen wolle. Kürten erklärte sich auf Befragen damit einverstanden. Auch Oberstaatsanwalt Dr. Eich erklärte, daß auch die Staatsanwaltschaft das Urteil anerkenne.

Kürten, der in der Schlusssitzung unter verschärfte Bewachung gestellt war, ließ sich ruhig und ohne sichtliche Erregung abführen. Damit hat der Prozeß gegen den Düsseldorfer Mörder sein Ende gefunden.

Das Schlusswort des Mörders.

Am Verlauf der gestrigen Verhandlung sprach dann der Offizialverteidiger Kürtens, Dr. Wehner. Er erklärte, daß das Zuchthaus Kürten nicht zu dem gemacht habe, was er geworden sei. Dazu habe eine abnorme Veranlagung gehört. Vielleicht werde der Fall Kürten später einmal anders beurteilt werden, als es jetzt seitens der Sexualpsychologen gesehe. Taten, wie die Kürtens, ließen sich nicht in Paragraphen pressen. Solche Menschen müßten interniert werden.

Der Staatsanwalt wendete sich dann gegen die Ansicht des Verteidigers, daß Kürten die Ueberlegung bei der Tat gehabt habe. Diese Anschauung stehe im Widerspruch zu der Ansicht der drei Sachverständigen.

Hierauf erhob sich Kürten zum Schlusswort. Er sagte, die von ihm begangenen Taten seien nach seiner jetzigen Erkenntnis derart schrecklich, daß er nicht den Versuch wage, sie in irgendeiner Form zu entschuldigen. Er erklärte weiter, daß er sich der Tragweite des seiner Frau abgelegten Geständnisses wohl bewußt gewesen sei. Er habe durch dieses Verhalten seiner Frau einen Dienst erwiesen wollen. Hätte er seiner Frau das Geständnis nicht gemacht, wäre der Prozeß gar nicht verhandelt worden. Er hoffe, seine Taten zu büßen. Wenn er auch nur einmal die Todesstrafe erdulden könne, so habe er sie doch schon dahingende Male geistig und seelisch erlitten.

In mühevoller Arbeit eine dicke Mauer durchstemmen. Bevor die Diebe mit ihrer Beute verschwand, zertrümmerten sie noch mehrere große Fässer, die einige Tausend Liter Wein enthielten, so daß der Keller von der so „kostbaren“ Flüssigkeit völlig überschwemmt wurde.

Bierjähriger in der Spree ertrunken.

An der Dampferanlage am Gröbenufer, unweit der Oberbaumbrücke, ereignete sich gestern nachmittag ein furchtbarer Unfall. Mehrere Kinder spielten auf dem hölzernen Bohlengang. Plötzlich verlor der vierjährige Paul Lörke aus der Doppelner Straße 41 den Halt und stürzte kopfüber in die Spree. Dagegen schon nach kurzer Zeit Hilfe zur Stelle war, konnte der Kleine nur noch als Leiche geborgen werden.

Einstein spricht über die Hochschulreaktion. Im Rahmen eines Sonderabends, den die „Deutsche Liga für Menschenrechte“ am Montag, dem 27. April 1931, im Großen Saal des Langenbeck-Vereins, Luisenstraße 58, um 20 Uhr veranstaltet, werden zu dem Thema „Die Hochschulreaktion“ die Professoren Albert Einstein, E. J. Gumbel, Arthur Rosenberg, Martin Hübner, Gehlenrat Holde und der Student Kurt Berlowitz das Wort nehmen. Eintrittskarten sind bei der Liga für Menschenrechte, R 24, Ronbijoypfad 10, Eing. 1, und an der Abendkasse erhältlich.

Frauen mit Zeller-Lippen.

Besuch der Sara-Kaba-Neger im Zoo.

Einen ganz besonderen Anziehungspunkt für alle Besucher des Berliner Zoo wird ab heute die Sara-Kaba-Negergruppe sein, deren Frauen in ihrer Ober- und Unterlippe große tellerartige Holzscheiben tragen. Die Frauen mit den größten Lippen gelten als die schönsten und haben in ihrer Heimat am liebsten Aussicht einen reichen Mann zu bekommen. Die Regierung hat diese Ansitze, die vor einiger Zeit bei den Sara-Kaba-Negern große Mode war, verboten, so daß wir Berliner die letzten dieser durch eine Modeversteigerung verurteilten Frauen zu sehen bekommen. Der Negerstamm lebt in Mittel-Charlottenburg in Zentralafrika. Gestern wurden diese merkwürdigen Negertypen Vertretern der Behörden, der Wissenschaft und der Presse vorgestellt. Es handelt sich um zwölf Frauen und acht Männer. Das kalte Wetter ist den Gästen aus Afrika wenig angenehm und es scheint ihnen daher noch nicht so recht bei uns in Berlin zu gefallen.

Die Sara-Kaba-Neger gehören zu jenen Negerstämmen, die noch ihre alte primitive Negerkultur beibehalten haben. Alle diese Völker sind Hochbauern, d. h. sie kennen den Pflug noch nicht und bearbeiten ihren Acker mit der Felsacke. Sie bauen hauptsächlich Erdnüsse und Zuderhirse an, aus der sie auch ein alkoholisches Getränk, die Merissa, zu bereiten verstehen. Als weiteres Genußmittel dient ihnen selbstgebautes Tabak.

Eine besondere Eigentümlichkeit ist die Sitte der Frauen, in ihrer Ober- und Unterlippe große tellerartige Holzscheiben anzubringen. In früheren Zeiten scheint diese Mode weit verbreitet gewesen zu sein, heute ist sie fast ganz ausgestorben, zumal auch die Regierung ein Verbot dagegen erlassen hat. Nur in drei Dörfern der Sara-Kaba leben noch Frauen, die der alten Mode treu geblieben sind. Es dürften heute nicht mehr als 200 sein.

Schon in früher Jugend fangen die kleinen Mädchen an, die Lippen zu massieren, die man dann mit einem Dorn durchbohrt. In das Loch wird zunächst ein dünner Strohhalm gesteckt. Nach einiger Zeit zwingt man einen etwas dickeren Pflock durch die verheilte Öffnung und weitet diese nun nach und nach aus, indem man immer dickere Holzscheiben einsetzt. Es dauert etwa 10 Jahre, bis man die Lippen so ausgebreitet hat, daß schließlich Holzsteller von nicht weniger als 21 Zentimeter Durchmesser getragen werden können. Natürlich sind die Frauen durch den enormen Holzsteller bei der Nahrungsmittelaufnahme stark behindert. Die breiten Speiser werden deshalb zu einem Kloß geformt, den man zwischen beiden Tellern hindurch in den Mund schiebt. Beim Trinken wird die Flüssigkeit häufig auf den unteren Teller geschüttet, von dem man sie dann in den Mund laufen läßt.

Es ist das erstmal, daß Vertreterinnen dieses sonderbaren Volksstammes auf einer Weltausstellung in Europa gezeigt werden. Das Ansehen dieser unberührten schönen Neger, der Transport auf dem langen Wege zur Küste und die lange Seereise boten viele Schwierigkeiten. Es muß daher mit besonderer Freude begrüßt werden, daß es gelungen ist, uns diese Völkergruppe vor Augen zu führen.

Ab 1. Mai wieder Lunapark.

Neue Attraktionen am Dolansee.

Am 1. Mai wird voraussichtlich der Berliner Lunapark seine Pforten wieder eröffnen. Der endgültige Eröffnungstermin ist naturgemäß vom Wetter abhängig. Die große Berg- und Talbahn ist wiederum renoviert worden und stellt jetzt eine Alpenlandschaft dar. Unter den zahlreichen neuen Attraktionen zur Belustigung der Besucher sind besonders hervorzuheben ein „Mischmishhaus“, ein humoristisches Hotel und ein Musikpavillon. Von den alten Attraktionen werden wieder die Dampfbahn, das Hippodrom und das Radioauto zu sehen sein. Für den Sommer hat der Lunapark eine ägyptische Wälderbahn und eine Raubritterbahn vorgesehen.

stand jetzt im Verhaken der Zigeuner. Sie wurden so frech, daß sie die Zigeuner vom Fenster aus zu bewerfen begannen, wenn diese keine Brotz von ihnen nahmen.

Gerade an diesem Tage mußte es geschehen, daß einer der Zigeuner seine Rut nicht mehr verbeissen konnte und den Jungen zum Zeichen seiner Verachtung in nicht mißzuverstehender Weise seinen Hinterteil zueckte. Daraufhin holte einer der Knaben — ein bekannt guter Schütze, der mit der Schleuder drei nebeneinander gesteckte Streichhölzer zum Aufflammen bringen konnte, — seine Schleuder hervor und traf mit einer Rut in die Mitte jener Zielscheibe, die ihm der Zigeuner zuwandte.

Der Zigeuner brüllte auf und die Jugend brach in Triumphgeschrei und Gelächter aus.

Aber der Zigeuner schwor Rache. Am selben Abend setzte er sich in Begleitung eines Kameraden mit einer Flasche Schnaps und zwei frisch geschlachteten Stücken vor die Stufen der Eisentüre. Hier waren sie vor unseren Geschossen geschützt. Weiter ist nicht mehr viel zu erzählen. Aber es wurde Mitternacht, eh der Weg frei war und ich mich halb tot vor Aufregung und Hunger nach Hause schleppen konnte. Dort erhielt ich von Vater und Mutter vereint und überdies noch von jedem separat solche Prügel, wie sie nur sorgende elterliche Liebe auszuteilen versteht.

Sechstes Kapitel.

das uns endlich die ersehnten Aufschlüsse über den Gaukler bringt.

Wir waren schon tief im Herbst. Ich ging seit zwei Wochen nicht zur Schule. Einmal auf dem Nachhauseweg fiel ich auf den frisch geschotterten Gehsteig hin und schlug mir meine Hofe hindurch das Knie blutig. Ich hatte nicht den Mut, es meiner Mutter zu zeigen, die Hofe heilte mein Schwesterchen, die Schürfung behandelte ich mit dem Taschentuch. Durch den hinzugekommenen Schmutz wurde die Wunde verunreinigt und begann zu eitern. Ich mußte ins Bett und mein Knie wurde mit Diabolumpflaster verklebt.

Ich konnte schon wieder durchs Zimmer humpeln, als ich auf der Straße großes Gemüsel hörte. Es schien aus der Gegend unserer Nachbarn zu kommen. Als ich jedoch hinauslaufen wollte, trieb mich mein Vater zurück.

Mein Schwesterchen erzählte mir dann begeistert, daß Komödianten angekommen seien und in der Nachbarschaft wohnen würden. (Fortsetzung folgt.)

Großfeuer in Wien.

Gefährlicher Brand in der Technischen Hochschule.

Wien, 22. April.

In der hiesigen Technischen Hochschule wütete heute ein riesiges Feuer.

Der Brand, der wahrscheinlich auf Ueberheizung zurückzuführen ist, war im alten Trakt ausgebrochen und wurde erst nach 10 Uhr vormittags entdeckt, nachdem er vermutlich schon längere Zeit gewütet hatte. Der Dachstuhl geriet in einem Ausmaß von 200 Quadratmeter in Brand. Das Uebergreifen des Feuers auf den neuen Trakt konnte von der Feuerwehr verhindert werden. Verbrannt sind Altmaterial, alte Möbel und Hefte, die auf dem Dachboden eingelagert waren. Nach halbstündigen Bemühungen der Feuerwehr war die Gefahr beseitigt.

Eine Weinüberschwemmung.

Eine unangenehme Ueberraschung erlebte gestern der Besitzer einer Großdestillation in der Grätzhympromenade in Brisenfee, als er seine Geschäftsräume betrat. Eine Einbrecherkolonne hatte in dem Spirituosen- und Offenzinlager tüchtig ausgeräumt und für etwa 15 000 M. Waren erbeutet. Die Bande war durch einen Schloß der Heizungsanlage in den Keller gelangt. Hier mußten die Verbrecher



71

Roman aus dem Ungarischen von Alexander von Sacher-Masoch.

Es schüttelte mich, wenn ich nur daran dachte. Der kleinste und feigste meiner Genossen war schon lange ständiger Gast auf den drei Böden des Speichers. Und sie erzählten Wunderdinge, daß sich Haufen von Rüssen droben befänden und überdies ein großartiges Karussell.

Keine Lodung war groß genug, meinen Ruf aufzusuchen. Eines Morgens aber, während der Schulferien, ging ich schon sehr frühzeitig meiner Wege. Immer noch nicht früh genug, denn das Heer meiner Spielgefährten war schon auf dem Platz versammelt.

Sie beratschlagten eben, ob sie schon auf den Speicher klettern oder noch auf den Haupträdelsführer Hires Bandy warten sollten. Bänder zu zögern war gefährlich, weil die Zigeuner jeden Augenblick aus ihrer Bude treten konnten. Ich drückte mich gewöhnlich vor diesen Beratungen, um den Spätteleken meiner Freunde über meine Zöghaftigkeit zu entgehen. Eben, als ich mich von der Schar entfernen wollte, kam Hires Bandy die Straße herauf.

„Komm nur!“ stieß er mich an, „was gib's? Fürchtest du dich etwa? Komm! Ich werd' dich schon hinaufführen!“ verfügte er über mich.

Ich kam heute nicht mehr beurteilen, ob sein Wille, dem ich nicht zu widersprechen wagte, gleichlautend mit meinen Wünschen war, auch einmal auf jenen Dachboden zu gelangen. Sicher! Denn nur so kann ich verstehen, daß ich mit zitternden Knien seinem Befehle nachkam. Bestimmt aber weiß ich, daß ich erst dann aus meinem Schrecken zu mir kam, als ich nach dem entsetzlichen Baumeln auf der Türe des Magazins auf allen Vieren den Boden des Speichers entlangkroch. Vor Angst war ich noch immer einer Ohnmacht nahe. Dabei brauste und jubelte es in meinem Innern vor Entzücken, eine so kühne Tat ausgeführt zu haben. Gottlob kümmerten sich meine Kameraden schon aus alter Gewohnheit nicht um mich. Sie hatten wirklich nicht gelogen! Ungefähr die Hälfte

des ersten Stockwerkes bedeckten große Ruffhaufen. Ein Fehler war, daß die Rüsse ranzig und gallebitter waren. Von drei Hut voll konnte man nur eine essen. Glückselig fiel ich mit den andern über die Ruffhaufen her, nur die Sorge des Hinabkletterns trübte mein Glück.

Die Vorstellung der Zigeuner begann erst am späten Nachmittag. Plötzlich entschlossen sich meine Freunde zum Karussellfahren. Mich rief einer an, mitzumachen, er lief jedoch dann den anderen nach und eilte die Treppen hinauf, die zum zweiten Stockwerk führten. Um nicht allein zu bleiben, schlich ich hinterher.

Das „Karussell“ war jene drehbare Säule in der Mitte des Kornbodens, welche dazu bestimmt ist, das Getreide auf den Fußboden in gleiche Lagen zu streuen. Sie war mit einer großen Drehscheibe in Form eines Holzstellers verbunden, dieser wurde gedreht, um zu verhindern, daß sich das Getreide beim Hineinschaufeln an einer Stelle anhäufte. Ich zog mich ungeschicklich in einen Winkel zurück und beobachtete von dort, wie die Hälfte der Knaben in den Teller kletterte, niedergebückt kauend, damit die Dachbalken nicht ihre Köpfe herunterstießen. Die übrigen packten die Säule, und auf den Ruf: „Los! Vorwärts! Drehen!“ trieben sie die Scheibe mit solcher Geschwindigkeit an, daß sie bald selbst ganz benommen rechts und links zur Seite taumelten.

Wie mußte erst jenen zumute sein, die im Teller saßen! Sicher ist, daß ein heldenhaftes Herz und ein Kindermagen dazu nötig waren, dieses Vergnügen mitzumachen.

Ich dachte schon glücklich entkommen zu sein, als Hires Bandy mich entdeckte. Was nun folgte, kann ich nicht erklären. Es gab Kinder, die sich seit Wochen zwanzigmal am Tage auf dem Holzsteller herumwirbeln ließen. Ich setzte mich nur einmal — für eine Reise — hinein, aber ich glaube nicht, daß einstens mein Todesstampf schrecklicher sein wird, wie es diese Minuten waren. Die letzten Drehungen konnte ich nur so elend ausharren, daß ich meine Hände in diesem verdammten Teller starr ankrampfte. Und als die Säule endlich stillstand, konnte ich nicht mehr herabklettern. Die Knaben erfreuten sich schon längst aus den Fenstern des Speichers an den Bärenmägen, während ich noch meinen Morgenkaffee in etwas säuerlichem Zustand im Teller hergab.

Ich hatte keine Freude mehr am Bärenmägen. Mein einziger Wunsch war, aus dieser Hexenburg herauszukommen. Aber das war nicht so schnell zu verwirklichen.

Für meine Kameraden war der Bären- und Affentanz schon lange nicht mehr die Hauptsache. Ihr Vergnügen be-

Ein Bewag-Gutachten.

Die bisherigen Vorschläge werden dem Werte der Anlagen nicht gerecht.

Die Stadt Berlin hat im Zusammenhang mit dem geplanten Preag-Projekt von dem Geheimen Baurat Bloch ein Gutachten über den Wert der städtischen Elektrizitätswerke eingeholt, das als Grundlage für die weiteren Verhandlungen mit dem unter Führung der Preussischen Staatsbank und der Reichs-Kredit-A.-G. stehenden Konsortium dienen soll.

Geheimrat Bloch gelangt bei seinen Untersuchungen zu dem Ergebnis, daß die bisherigen Vorschläge des Konsortiums dem wirklichen Werte der Anlagen nicht gerecht werden. Einmal sind bei diesen Vorschlägen verschiedene Umstände, die den inneren Wert und den Ertrag der Werke bedeutend erhöhen, wie vor allem die sehr reichlichen Abschreibungen in den letzten Jahren, nicht genügend berücksichtigt worden. Sodann ist die Leistungsfähigkeit der neuen Anlagen, insbesondere des Großkraftwerkes Klingenberg und des Westkraftwerks, für die Zukunft (d. h. die Möglichkeit, ohne Neuinvestitionen einen erheblich steigenden Stromkonsum zu befriedigen) nicht in Rechnung gestellt worden.

Der Sachverständige hat daher Vorschläge in der Richtung gemacht, diesen vom Konsortium bisher nicht berücksichtigten Mehrwert durch eine Erhöhung der an die Stadt zu zahlenden Konzessionsabgabe oder durch eine stärkere Beteiligung der Stadt am Grundkapital der neu zu gründenden Eigentums-Gesellschaft abzugelten.

Diese Vorschläge sind in einem Magistratsausschuß beraten worden. Am Anschluß hieran hat Oberbürgermeister Dr. Sahm Verhandlungen mit den Vertretern des Konsortiums wegen einer Abänderung des den Stadtverordneten feinerzeit mitgeteilten Planes geführt. Ein abschließendes Ergebnis liegt noch nicht vor. Die Vertreter des Konsortiums haben sich indessen zunächst mündlich bereit erklärt, die Frist für die Vorlegung des endgültigen Planes an die Stadt bis zum 2. Mai d. J. zu verlängern, wodurch auch die vorgesehene sechstägige Erklärungsfrist der Stadt entsprechend herausgerückt wird. Der Fälligkeitstermin für den Zwischenbericht soll vom 20. auf den 27. Mai verlegt werden. Der von der Stadtverordnetenversammlung eingesetzte Ausschuß wird sich schon in den nächsten Tagen mit der Angelegenheit beschäftigen.

Das Quartier im Möbelwagen.

Aber es waren keine angenehmen Gäste.

Eine „Kotzwohnung“, der es an Bequemlichkeit durchaus nicht mangelte, hatten sich vier Leute in Reich eingerichtet.

An der Straße Tempelhofer Weg liegt ein umzäunter Platz, auf dem eine ganze Reihe großer Möbelwagen stehen, die bis zum nächsten Transport nach außerhalb dort untergebracht sind. Die Türen waren zwar mit eisernen Krampen und Vorriegelschlössern gut gesichert, die „Mieter“ fanden aber einen Eingang, der sie vor Entdeckung schützte. Bekanntlich ist unten an den Wagen ein langer Kasten für die Bilder und Spiegel vorgesehen. Durch diese Kastenöffnung krochen die Leute hinein, hoben am Fußboden des Wagens eine Platte aus und waren drinnen. Die gepolsterten Wände ließen sich nicht eindringen. Für Licht, eine Koch- und Waschanrichtung war halb gefast, es fehlte nicht einmal an einem kleinen Spiegel. Das Aus- und Eingehen auf dem Platte hatte aber infolgedessen doch Verdacht erregt, und Beamte der Streife Süd kontrollierten den Platz mit ihren Hunden. Diese witterten die Wagenbewohner bald, und beim Nachsuchen wurden die vier Männer herausgeholt. Sie geben zu, daß sie seit einigen Monaten dort behaglich gehaust hätten. Zwei von ihnen wurden von der Kriminalpolizei, unter anderem von der Dienststelle C. 6 wegen Diebstahls und Diebstahls bereits gesucht. Ursprünglich waren es vier, die sich zusammengesetzt hatten. Einer mietete in der Herrfurthstraße in Neukölln ein Zimmer und lud seine „Freunde“ zu Besuch ein. Kaum hatte die Wirtin die Wohnung verlassen, so packte das Klebblatt alles Verwertbare zusammen und machte sich auf dem Wege.

Von dieser Kolonne sind früher schon zwei Personen gefasst worden, die in Haft sind. Die beiden anderen wurden gestern aus dem Möbelwagen geholt.

Der alte Nepp.

Ein Falschspielerkonsortium auf der Bahnhofstour.

Ein Falschspielerkonsortium machte vor einiger Zeit die Bahnhöfe Wittenberge, Ludwigslust und Osterburg unsicher und neppte zahlreiche Reisende um erhebliche Beiträge. Auf dem Wittenberger Bahnhof wurde schließlich der Kellner Baltrus aus Hamburg beim Glücksspiel verhaftet und wegen fortgesetzten Betruges zu einem Jahr Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust verurteilt. Seine Komplizen, der Bäcker Lönnie und der Handlungsgehilfe Sabotka, beide ebenfalls aus Hamburg, die damals entkommen waren, wurden später ermittelt und hatten sich jetzt wegen Betrugs und gewerbsmäßigen Glücksspiels vor dem Schöffengericht in Wittenberge zu verantworten. Die Gauner verfuhrten nach altem Rezept. Einer von ihnen spielte den fremden Herrn, begann ein Spielchen und gewann. Andere Reisende ließen sich durch sein Glück verleiten, mitzuspielen. Ein Knecht, der in Wittenberge Einkäufe machen sollte und den Spielern in die Hände fiel, verlor im Handumdrehen 50 Mark.

Das Gericht erkannte gegen Lönnie auf ein Jahr Gefängnis, gegen Sabotka auf ein Jahr drei Monate Gefängnis und drei Jahre Ehrverlust.

Ein Arbeiterschuh-Museum in Frankfurt a. M.

Nach Berlin, München und Hamburg erhält jetzt auch Frankfurt a. M. ein Arbeiterschuh-Museum, das von der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene im Hause Offenbach eingerichtet und im Laufe des Sommers eröffnet werden soll. Während das Hamburger Museum vorwiegend die Schuhmacher in der Schifffahrt und im Hafensbetriebe darstellt, wird das Frankfurter Museum in erster Linie die Arbeitsverhältnisse in den verschiedenartigen Industrien Westdeutschlands berücksichtigen. Das Museum wird mit den Berufsgruppen zur Belohnung des Nachwuchses in enger Fühlung stehen.

Wer ist Gemeindevorstand?

Wichtige Ausführungsbestimmungen für das Berlin-Gesetz.

Im Ministerium des Innern ist die Ausführungsanweisung für das neue Gesetz für die Hauptstadt Berlin fertiggestellt worden. Diese Anweisung gibt sehr eingehend Erläuterungen zu den einzelnen Paragraphen des Gesetzes, insbesondere über die Verteilung der Zuständigkeiten zwischen den verfassungsmäßig bestellten Organen. Es wird darauf hingewiesen, in welchen Fällen der Magistrat und in welchen Fällen der Oberbürgermeister Gemeindevorstand ist. Hervorgehoben wird insbesondere die Bedeutung der Vorschrift der Novelle, wonach der Oberbürgermeister zur Erhaltung der Einheitlichkeit der Verwaltung regelmäßig gemeinsame Besprechungen des Magistrats mit den Bezirksbürgermeistern abzuhalten hat. Es soll, wie betont wird, damit dem Zwecke gedient werden, Zentralverwaltung und Bezirksverwaltung organisatorisch enger mit einander zu verknüpfen.

Zu den Bestimmungen des Gesetzes über die Stadtverordnetenversammlung wird bemerkt, daß § 11 einen erschöpfenden Katalog der Angelegenheiten enthält, für die Stadtverordnetenversammlung zuständig ist. Nur insoweit ist daher die Stadtverordnetenversammlung die bisher alleinige Vertretungskörperschaft der Stadtgemeinde Berlin geblieben, während Vertretungskörperschaft für alle anderen Angelegenheiten der Stadtgemeindevorstand geworden ist.

Zur Stellung des Oberbürgermeisters im einzelnen bemerkt die Ausführungsanweisung, daß der Oberbürgermeister als das die Verwaltung führende Organ nicht nur die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung und des Stadtgemeindevorstandes, denen der Magistrat zugestimmt hat, sondern auch die Beschlüsse des Magistrats auszuführen hat. Die Novelle baut, wie die Ausführungsanweisung zu der Unterstellung der Hauptpolizeibeamten in den Bezirken unter dem Oberbürgermeister als unmittelbaren Dienstvorgesetzten unter Ausschaltung der Bezirksbürgermeister bemerkt, damit die Einheitlichkeit der Verwaltung weiter aus.

Führer der Verwaltung

Ist der Oberbürgermeister für die Leitung und Beaufsichtigung sämtlicher Geschäftszweige verantwortlich, insbesondere also auch dafür, daß erforderlichenfalls Weisungen und Anweisungen ergehen. Für den Inhalt genereller Weisungen oder spezieller Anweisungen, die er den Bürgermeistern und Stadträten erteilt, ist er verantwortlich. Die Bürgermeister und Stadträte tragen die Verantwortung für die Zweckmäßigkeit und Befehhmäßigkeit ihrer

Maßnahmen, die sie getroffen haben, ohne mit Weisungen oder Anweisungen versehen worden zu sein; bei Maßnahmen bezüglich deren sie von dem Oberbürgermeister mit Weisungen oder Anweisungen versehen sind, tragen sie die Verantwortung für die ordnungsmäßige Durchführung.

Zu den Bestimmungen des Gesetzes über das Verhältnis der Stadtgemeindevorwaltung und ihrer Organe zu den Verwaltungsbezirken und deren Organen wird hervorgehoben, daß das Gesetz es bemerkt vermeiden, abgesehen von einigen wenigen Ausnahmen, die Zuständigkeit der Zentralverwaltung und der Bezirksverwaltungen durch Einzelaufschriften gegeneinander abzugrenzen. Der Gesetzgeber wünscht, daß diese Abgrenzung im Rahmen der Vorschriften des § 22 der Novelle in erster Linie der Selbstverwaltung und ihren Organen vorbehalten bleiben solle.

Zu der Befehmungsbeugnis der Beamten, die dem Oberbürgermeister zusteht, wird betont, daß diese Befugnis auch die Befehmung von Beamten der Stadtgemeindevorwaltung in eine Bezirksverwaltung umfasse, wobei Ehrenbeamte, Bezirksbürgermeister und Stadträte der Verwaltungsbezirke ausgenommen sind.

Zu den Bestimmungen über die

Staatsaufsicht

bemerkt die Ausführungsanweisung, daß die Vorschrift des § 26, in der die Bestätigung der sogenannten Wahlbeamten der Stadtgemeindevorwaltung und der Bezirksverwaltungen geregelt ist, den bisherigen Rechtszustand nur insoweit abändert, als nicht mehr wie bisher der eine Stellvertreter des Oberbürgermeisters mit der Amtsbezeichnung „Bürgermeister“, sondern die beiden neu geschaffenen Bürgermeister der Bestätigung durch das Staatsministerium bedürfen. Während demzufolge das Staatsministerium über die Bestätigung der Wahl des Oberbürgermeisters und des Bürgermeisters entscheidet, hat der Oberpräsident über die Bestätigung der Wahl der Stadträte in der Stadtgemeindevorwaltung sowie der Bezirksbürgermeister und der sonstigen Mitglieder der Bezirksämter zu befinden. — Hervorgehoben wird ferner, daß dem Stadtgemeindevorstand gegenüber alle diejenigen Mittel der Staatsaufsicht anwendbar sind, die nach dem im Bereich der Städteordnung für die sechs östlichen Provinzen geltenden Rechte der Kommunalaufsichtsbehörde gegenüber der Stadtverordnetenversammlung zusteht.

Oeffentl. Frauenkundgebung

zum Internationalen Frauentag

Donnerstag, den 23. April, 20 Uhr, in der „Neuen Welt“, Hasenheide.

Eröffnungsmarsch, Freie Sport- und Musik-Vereinigung — Fahnenmarsch der Sportlerinnen und der S.A.J. — Gemeinsamer Gesang „Brüder zur Sonne, zur Freiheit“ — Politische Revue der Klein-Kunst-Bühne: a) Am laufenden Band der Zeit, b) Songs der Wirtinnen.

Ansprache

Politische Revue der Klein-Kunst-Bühne: „Wacht auf“ a) Die Straße, b) Der Gerichtssaal. — Ansprache — Rezitationen der Klein-Kunst-Bühne: a) § 218 von Tucholski, b) Nie wieder Krieg. — Abstimmung über die Resolution zum § 218. — Gemeinsamer Gesang der „Internationale“.

Schlusmarsch und Abmarsch der Fahnen.

Eintritt frei! Das Frauensekretariat. Eintritt frei!

Neukölln ist heiratslustig.

Der Optimismus der Berliner.

Der Optimismus der Berliner ist unbegrenzt — wenigstens der Zahl der Eheschließungen nach zu urteilen, die mit 45 426 oder 10,5 auf 1000 Einwohner der Reichshauptstadt trotz der starken Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse nur wenig hinter dem Ergebnis des Jahres 1929 zurückbleibt, als 10,9 Eheschließungen auf je 1000 Einwohner der Reichshauptstadt (insgesamt 47 104) stattfanden.

Abgesehen von dem eigentlichen Alt-Berlin, dem Bereich der sechs Innenbezirke, erreichte zwar Charlottenburg mit 3691 oder 8,0 Proz. der Gesamtzahl der neugeschlossenen Ehen den absoluten Höchststand — aber unter Beachtung des allein ausschlaggebenden Verhältnisses der neuen Ehen zur Bevölkerung des Verwaltungsbezirks beging Neukölln, wo 11,1 Eheschließungen auf das Tausend der Einwohnerzahl stattfanden, im vergangenen Jahre die meisten Hochzeiten.

Auch Weihenstephan, dessen mittlere Bevölkerungszahl sich im Jahre 1930 auf 70 800 Einwohner belief, zeigte bei nur 769 tatsächlich vollzogenen Ehebündnissen — oder 10,9 pro 1000 Einwohner — im Verhältnis zu seiner Einwohnerzahl eine größere Heiratslust als die drei wesentlich stärker bevölkerten Bezirke Charlottenburg (mittlere Bevölkerung 356 100), Lichtenberg (228 600) und Treptow (114 000), die je 10,4 Eheschließungen auf 1000 Einwohner zählten. In keinem der übrigen Berliner Verwaltungsbezirke wurde eine höhere Ziffer als 10 neue Ehen pro 1000 Personen erreicht: Schöneberg mit 9,8 und Pantow mit 9,7 nähern sich diesem Stande noch am stärksten, während die Zehlendorfer mit 8,3 und die Wilmersdorfer mit nur 8,2 Eheschließungen auf 1000 Bewohner sich angesichts der schlechten Zeitläufe eine größere Reserve aufstegen.

Für die Reichshauptstadt in ihrer Totalität ergibt sich eine durchschnittliche Eheschließungsziffer von 10,5 neuen Ehen auf 1000 Berliner gegenüber 10,9 im Jahre 1929 — angesichts der wirtschaftlichen Not ein überraschendes Ergebnis.

Der Arbeiter-Vollkammer-Bund veranstaltet am Donnerstag, dem 23. April, abends 8 Uhr, in der allhöchsten Kaffeehalle, Berlin SO 36, Falken Str. 6, für die gebürtigen Klassenkämpfer einen Schilberkonzert mit Anstellung über „Krieg und Gesund.“ Der Eintritt ist frei!

Benzineexplosion in der Wrangelstraße.

Eine Frau schwer verletzt.

Durch unvorsichtiges Handeln mit Benzin ist gestern mittig in der Wrangelstr. 118 ein schweres Brandunglück verursacht worden.

Im Erdgeschoss befindet sich dort in einem Laden die Klempnererei von Burchard. Die 25jährige Tochter des Geschäftsinhabers befand sich gegen 11½ Uhr allein im Geschäft und benutzte zum Feueranmachen Benzin. Die Flasche explodierte und die hervorschießende Stachelkammer setzte die Kleider der Frau in Brand. Lichterlos brennend eilte die Unglückliche auf die Straße, wo ihr Passanten zu Hilfe kamen. Durch die Feuerwehr wurde die Schwerverletzte ins Urbanerkrankenhaus gebracht. Der Laden, der gleichfalls vom Feuer ergriffen wurde, brannte völlig aus. Die Feuerwehr war lange Zeit mit den Löscharbeiten beschäftigt.

Lokaltermin im „Eden“-Lokal.

Stief und Genossen an der Stätte ihrer Schießtätigkeit.

Im Prozeß Stief und Genossen, die im November vorigen Jahres bei dem „Nazisturm“ auf den Edenpalast durch Revolver-schüsse drei Arbeiter, die sich dem harmlosen Lanzbergknägen hingaben, schwer verletzten, fand gestern abend ein Lokaltermin statt. Die Angeklagten wurden trotz der großen Menge, die sich in der Kaiser-Friedrich-Straße versammelt hatte, unauffällig in den „Edenpalast“ hineingebracht. Die Polizei hatte umfassende Absperremassnahmen vorgenommen.

Zuerst wurden die Vorgänge im Vorraum rekonstruiert. Der Portier zeigte, wie er den Angeklagten Stief zurückgedrängt und wie er, als er das Ueberfallkommando anrufen wollte, von dem Angeklagten Berlin einen Schlag mit einer Peitsche oder mit einem Koppel erhalten hat. Nachdem Stief gerufen hatte: „An den zweiten Stock“, stürmten die Nazis die Treppe hinauf. Im Saal selbst wurde des langen und breiten darüber gestritten, ob Stief und Wesemann von den Zeugen erkannt werden konnten oder nicht. Die Zeugen bewaffneten sich wie an jenem Abend mit Stühlen, Wesemann zog sein schwarzes Hemd mit dem Totenkopf an. Dann stellten sich er und Stief mit den „Kanonen“ in der Hand — diesmal waren die Pistolen nicht geladen — angriffsbereit hinter die Tür. Es ergab sich, daß die Stellung des Zeugen Budczinski, der an jenem Abend durch einen Schuß schwer verletzt wurde, tatsächlich so war, daß ihn eine Kugel treffen mußte. Zwischen der Verteidigung und dem Nebenkläger entstanden Differenzen darüber, ob die Zeugen, die sich mit Stühlen bewaffnet hatten, gleichfalls in der Lage gewesen seien, die Vorgänge richtig zu beobachten. Im allgemeinen ergab der Lokaltermin, daß die Zeugenaussagen in wesentlichen Punkten stimmen mußten.

20 000 Mk. Kirchengelder unterschlagen.

Adln, 22. April. (Eigenbericht.)

Das erweiterte Schöffengericht in Gladbach-Rheindt verurteilte den früheren Kirchenrentanten Johann Florenth wegen Unterschlagung von 20 000 Mark Kirchengeldern zu zwei Jahren Gefängnis. Der Verurteilte war schon in der Vorverurteilung wegen Unterschlagung von Gemeindegeldern zu 18 Monaten Zuchthaus verurteilt worden.



Knorr Bratensoße

Für fleischlose Mahlzeiten, z. B. mit Knorr-Makkaroni, Spagetti oder Eiernudeln, für Klöße und für Kartoffel-Gerichte!

Ein Würfel ergibt ¼ Liter wohlschmeckende Soße!

Der Kampf um den Brotpreis.

Wir verlangen ehrliche Auslegung des Gesetzes.

Die Sozialdemokratie hat dem letzten Ermächtigungsgesetz, nach dem die Regierung die landwirtschaftlichen Zölle je nach den Erfordernissen der wirtschaftlichen Lage verändern kann, nur unter bestimmten Bedingungen zugestimmt. Zum Schutz der Verbraucher mußten zwei Klauseln in das Gesetz aufgenommen werden, die nicht nur eine allgemeine Preissteigerung verhindern sollten, sondern auch die Regierung verpflichteten, einer Steigerung der Brotpreise über den vom Statistischen Reichsamt ermittelten Durchschnittspreis der letzten 6 Monate vorzubeugen. Da jetzt in Berlin, der größten deutschen Stadt, der Brotpreis empfindlich erhöht worden ist, mußte die Regierung also nachprüfen, ob der durchschnittliche Brotpreis nicht vielleicht schon erreicht oder sogar schon überschritten ist und dann energische Maßnahmen ergreifen, um diese Erhöhung des Preises wieder rückgängig zu machen.

Was stellt sich aber jetzt heraus? Es wird vorgegeben, daß es gar keinen durchschnittlichen Brotpreis gibt, weil es kein einheitliches Brot gibt. Das Brot ist in jeder Stadt von einer anderen Qualität, je nach der Geschmacksrichtung der Verbraucher. In einer Stadt wird fast ausschließlich reines Roggenbrot gegessen, während in anderen Städten mehr aus Weizen- und Roggenmehl gemischte Brote konsumiert werden, so daß ein Durchschnittsbrot, auf dem ein Durchschnittspreis fußen könnte, gar nicht existiert.

Die Reichsregierung kann sich nun aber selbstverständlich nicht hinter diese Ausreden verbergen und nun schulterzuckend behaupten, daß es keinen Durchschnittspreis gibt, daß also die eine Steigerung des Brotpreises verhängende Verbraucherschutzklausel gar nicht angewandt werden kann. Diese Auffassung wäre eine wissenschaftliche Falschauslegung des Gesetzes und eine Brüstung der Volksvertretung, die dieses Gesetz beschloß.

Da es keinen Durchschnittspreis gibt, muß also die Preisentwicklung in verschiedenen Städten geprüft werden, um entscheiden zu können, ob der jetzige Preis bereits den Durchschnittspreis erreicht oder sogar überschritten hat. Diese Prüfung ergibt folgendes:

Von 22 Städten liegen in 17 Städten die jetzigen Brotpreise über dem Durchschnitt der Brotpreise des letzten halben Jahres, nur in vier Städten ist bisher der Brotpreis gleichgeblieben und nur in einer Stadt ist der Brotpreis noch etwas geringer als der Durchschnitt. Noch stärker als die Steigerung des jetzigen Brotpreises über den Durchschnittspreis ist die Steigerung der jetzigen Preise gegenüber den Preisen im Februar. In manchen Städten ist das Brot um 4 Pf. teurer geworden.

In Berlin lag bisher der Brotpreis mit 26 Pf. um 1/4 Pf. unter dem Durchschnittspreis. Wird die von den Bäckern beschlossene Erhöhung voll von den Bäckermeistern ausgenutzt, dann wird das Brot 1 1/4 Pf. teurer sein als im Durchschnitt der Monate Oktober bis März.

Brotpreise je Kilogramm in Pfennig.

	Letzter Brotpreis	Februarpreis	Durchschnittspreis Oktober-März	Abweichung d. jetzigen Preises vom Durchschnittspreis
Breslau	32	32	32	0
Dresden	34	34	34	0
Leipzig	36	34	34	+2
Halle	37,3	34,7	35,3	+2
Stettin	37	35	35,5	+1,5
Lübeck	44,5	43,5	43,5	+1
Altona	40	38	38	+2
Hamburg	38	37,5	37	+2
Braunschweig	36	34	35,5	+0,5
Erfurt	34	32,5	33,2	+0,8
Hannover	34,6	33,3	34	+0,6
Göttingen	34	33	33	+1
Kassel	33	31	31,5	+1,5
Hagen	40	36	ca 37	+3
Dortmund	38	37	38	0
Duisburg	48	44	46	+2
Arefeld	32	30	30	+2
Düsseldorf	50	48	49,5	+0,5
Elberfeld-Barmen	31,5	30,3	30,3	+1,2
Köln	40,7	48,4	48,3	+1,7
Frankfurt a. Main.	42	42	43,1	-1,1
München	46	46	46	0

Es gibt also nichts zu drehen und zu deuten. Wer ehrlich, das Gesetz auslegen will, muß zugeben, daß die Brotpreise sich gegenüber dem Durchschnitt des letzten halben Jahres erhöht haben. Bürden von der Regierung Ausflüchte gemacht, so wäre das ein Zeichen schlechten Willens. Es ginge daraus hervor, daß die Reichsregierung dem Gesetz zuwider handeln will. Wir nehmen aber mit aller Bestimmtheit an, daß in der heutigen Kabinettsitzung die Reichsregierung energische Maßnahmen beschließen wird, um eine Senkung des Brotpreises zu erreichen, und zwar ohne jedes Kompromiß-Kompromißbrot, das selbst die Bäcker ablehnen.

Gummi fast umsonst!

Preise für Rohgummi um 95 Prozent gestürzt.

Kein einziger Rohstoff hat eine derartige Preisrevolution durchzumachen gehabt wie der Rohgummi. Schon im Herbst vorigen Jahres hatten die Weltmarktpreise sich gegenüber 1925, wo ein englisches Pfund (450 Gramm) an der Londoner Börse mit 4,35 Mark notiert wurde, um rund 80 Proz. gesenkt. Inzwischen hat sich der Preis einbruch auf den Weltgummimärkten festgesetzt, obwohl es eine Zeitlang schien, als ob eine gewisse Stabilisierung gelingen könnte. Diese Preisstüchungsverläufe fanden jedoch am unauglichen Objekt stand, denn die Welt ist noch mit Gummivorräten von mehr als einer halben Million Tonnen belastet, die bei dem heutigen Stand der Weltwirtschaft den Verbrauch eines ganzen Jahres decken. Allein in den Vereinigten Staaten von Amerika, den größten Gummiverbrauchern der Welt, haben sich die Vorräte an Rohgummi gegenüber dem März vorigen Jahres um 80 000 auf fast 220 000 Tonnen erhöht.

Auch die Stilllegung vieler kleiner Gummipflanzungen und Versuche, die Produktion einzuschränken, haben nicht vermocht, die Flut des gewonnenen Gummis, die aus den mit modernsten Betriebsrichtungen ausgestatteten Großpflanzungen auf den Weltmarkt strömt, abzumildern.

So sind die Preise für Rohgummi an der Londoner Börse in den letzten Wochen fast ununterbrochen weiter gefallen und stehen um fast 30 Proz. unter dem Preisstand vom September 1930. In der gestrigen Börse wurde mit 23 Pf. je englisches Pfund (450 Gramm) ein neuer Rekordtieftand erreicht, der um 95 Proz. unter den Preisen von 1925 liegt. Der Gummimarkt befindet sich in einem derart ruiniösen Zustand, daß die verarbeitenden Industrien diesen wichtigen Rohstoff nahezu umsonst haben können.

Es erhebt sich die Frage, inwieweit die verarbeitende Gummiindustrie in Deutschland bei ihren Preisen dieser Lage Rechnung tragen will. Wir haben wohl in Deutschland bei der Automobilindustrie eine zweimalige Preisentwertung in Höhe von insgesamt 20 Proz. gehabt, was sicherlich nicht — trotz höherer Verarbeitungskosten — dem Umfang des verbilligten Einkaufs entspricht. In weitaus geringerem Umfang aber haben die Gummifabriken die Preise für andere Fabrikate, wie zum Beispiel die vielfachen medizinischen und hygienischen Gummifabrikate herabgesetzt. Besonders die Fabrikate, die Markenartikel sind, wurden, und auch dies erst auf Grund der Verordnung der Regierung, nur um 10 Proz. abgebaut. Hier ist also ohne weiteres die Möglichkeit für einen weiteren und fühlbaren Preisabbau gegeben.

„Unangreifbarer“ Kalifonzern.

Gewinne und Selbstfinanzierung bei Salzdetfurth.

Wie wir schon vor einiger Zeit mitteilten, hält der Salzdetfurth-Konzern im Gegensatz zu den beiden anderen großen Kalifonzernen (Burbach und Wintershall) an seiner hohen Vorjahrsdividende von 15 bzw. 10 Proz. fest, trotz der schlechten Abschneidung. Aus den Ausführungen des Aufsichtsratsvorsitzenden Dr. Solmsen (D.D.-Bank) auf der Generalversammlung ging hervor, daß die Lage des Konzerns glänzend ist, da das Kapital im Verhältnis zu Anlagen und Gewinnen sehr niedrig ist; daß man dieses Verhältnis so günstig gestalten konnte, ist eine Folge der außerordentlichen Gewinne der letzten Jahre.

Einen Teil der Gewinne hat der Konzern dazu verwendet, sich „unangreifbar“ zu machen, nämlich gegenüber einer Ueberfremdung durch Burbach oder Wintershall. Man hat soviel Aktien aufgekauft, daß die Kalwerke Salzdetfurth L.G. mehr als die Hälfte des Kapitals der Kalwerke Wintershall und der Consolidierten Alkaliwerke Westeregeln besitzt, und diese beiden zusammen besitzen wieder mehr als die Hälfte des Kapitals der Salzdetfurth L.G. Das hat dazu geführt, daß nur noch für die Hälfte des Nominalkapitals von 72 Millionen Mark Gewinne ausbezahlt werden müssen. Dieser Umstand erklärt auch zum Teil das Versprechen auf Fortzahlung der hohen Dividende, obwohl der Kalisabfall des Syndikats in den ersten drei Monaten 1931 auf 4,5 gegenüber 5,78 Millionen Doppelzähler im Vorjahre, also um 22 Proz. zurückgegangen ist.

Die Aussichten für die Erdölförderung in Deutschland werden pessimistisch beurteilt, so daß der Salzdetfurth-Konzern sich von diesem Gebiet wieder zurückziehen will. Zur Frage der Wiederaufbau der Zündwaren wurden gegen Herrn Kosterger starke Worte geäußert: wenn die Verhandlungen in der Kalindustrie über ein gemeinschaftliches Vorgehen nicht bald zu Ende geführt würden, würde der Salzdetfurth-Konzern selbständig vorgehen.

Schließlich wurde im Gegensatz zu in der Presse erschienenen Vergleichen erklärt, daß auf ein Tausendstel Syndikatsbeteiligung bei Salzdetfurth 150 000 M., bei Burbach 380 000 M. und bei Wintershall 500 000 M. Kapital entfiel. Auch diese Zahlen zeigen das günstige Verhältnis bei Salzdetfurth, wenn auch sie allein zur Beurteilung nicht ausreichen.

Neue Masseneinfuhr russischer Zündhölzer.

Die Einfuhr russischer Zündhölzer nach Deutschland, die im vergangenen Jahre in Auswertung der am 1. Juni 1930 erfolgten Einfuhrung des Zündwarenmonopols beträchtlich zusammengedrückt war, hat neuerdings wieder eine überraschende Steigerung aufzuweisen. Nach der Reformeinfuhr des ersten Quartals 1930, die sich auf 7,4 Millionen Stück belief, gegenüber einem Quartalsdurchschnitt von 4,7 Milliarden im Jahre 1929, war der Zündhollexport aus Rußland im zweiten Vierteljahr 1930 auf unter 12 Millionen Stück gesunken. Am dritten Quartal 1930 ist die Einfuhr russischer Streichhölzer jedoch wieder auf über 1 Milliarde Stück gestiegen und hat, nach einem im letzten Quartal 1930 beobachteten vorübergehenden Rückgang auf rund 890 Millionen Stück, in diesem Jahre einen neuen Rekordumfang erreicht. Im Januar 1931 hat Deutschland aus Rußland 223 Millionen Zündhölzer und im Februar bereits 6,4 Milliarden Stück importiert. Die Gesamteinfuhr der beiden ersten Monate dieses Jahres erreicht somit mit 6,64 Milliarden Stück mehr als das Fünffache der Reformeinfuhr der gleichen Periode des Vorjahres.

Einnahmerückgang der französischen Eisenbahnen. Nach einer Uebersicht über das Einnahmergebnis aller französischen Bahnen während des ersten Quartals 1931 hielten sich die Gesamteinnahmen auf 3,36 Milliarden Franken gegenüber 3,70 Milliarden Franken während der Vergleichsperiode des Vorjahres. Das bedeutet eine Verminderung von rund 10 Proz.

Handel / Staat / Verbraucher.

Vorträge und Diskussionen.

Die Gesellschaft von Freunden der „Forschungsstelle für den Handel“ veranstaltete am Mittwoch eine Aussprache über die Fragen der Handelsspanne. Die Diskussion wurde eingeleitet durch ein Referat von Professor Hirsch über die Bestimmungsgründe der Handelsspanne sowie ein Referat von Professor Brandt über die Handelsspanne bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen.

Professor Hirsch stellte in den Vordergrund, daß in den einzelnen Handelszweigen ein nahezu einheitlicher Leistungsaufwand gegeben sei, der die relativ hohen, nach seiner Auffassung weitgehend übereinstimmenden Unkostenanteile und Handelsaufschläge der einzelnen Branchen bedingt. Der volkswirtschaftlich dringend notwendige „Durchbruch zu niedrigeren Verteilungskosten“ sei nur durch die Beseitigung der vorhandenen großen Reibungsverluste im Vertrieb zu erreichen. Wege hierzu sind nach Auffassung von Professor Hirsch gegeben durch Eindämmung der großen Schwankungen im Beschäftigungsgrad des Handels, insbesondere mittels Vorlegung der Zahlungsstermine, intensiver betriebwirtschaftliche Zurechtweisung der Handelsgeschäfte, vor allem aber durch Verkleinerung der Lagerhaltung und durch Beseitigung der „toten Kosten der Konkurrenz“, worunter von ihm eine stärkere Spezialisierung der Geschäfte und Arbeitsteilung hinsichtlich des Warenzweiges, des Absatzradius, der Auftragsgröße und der Verzicht auf die nichtgewinnbringenden Konkurrenzgeschäfte verstanden wird.

Professor Brandt zeigte die großen Ersparnismöglichkeiten, die auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Erzeugung durch Standardisierung, bessere Verpackung, rationellere Beförderung usw. sowie durch die systematische Beobachtung des Marktes und Anpassung an den Bedarf noch in weitem Umfang gegeben sind. Er vertritt allerdings die Auffassung, daß demgegenüber durch die gesteigerten Ansprüche des Publikums hinsichtlich der Qualität, Verpackung usw. der Waren mit einer Tendenz steigender Unkosten und steigender Handelsspanne bei den Rohungsmitteln zu rechnen wäre.

In den beiden einleitenden Referaten wurde mit großer Klarheit die aktuelle Frage der Herabdrückung der Handelsspannen umgangen. Es scheint uns eine Uebertreibung, wenn von einer absoluten Zwangsläufigkeit und Gleichheit der Betriebskosten in einzelnen Handelszweigen gesprochen wird. Die Dinge liegen doch so, daß einzelne durchorganisierte Unternehmungen mit beträchtlich niedrigeren Unkostenanteilen arbeiten, daß aber andererseits infolge der unlegbar vorhandenen inneren Bindungen in der Preisgestaltung dieser Vorprägung der Konsumentenschaft nur wenig oder gar nicht zugute kommt.

Wir haben daneben eine ganze Reihe von Gebieten, insbesondere auch im Lebensmittelhandel, wo offensichtlich stark überhöhte Handelsspannen vorhanden sind.

Von den Diskussionsrednern aus den Kreisen der Industrie und des Handels, die im allgemeinen die üblichen Hymnen auf den Handel anstimmten, wurde mit Entschiedenheit gegen staatliche Einmischung in die Verteilungsorganisation Protest erhoben. Wenn wir auch der Auffassung sind, daß etwa die Festlegung von Höchstpreisen ein wenig geeignetes und wirksames Mittel darstellt, so ist doch auf der anderen Seite offensichtlich, daß nur unter dem Druck der Öffentlichkeit, insbesondere der Verbraucherschaft, sowie mit Hilfe staatlicher Einwirkung Auswüchse überhöhter Handelsaufschläge eingedämmt werden konnten. So wertvoll die betriebswirtschaftliche Forschungsarbeit der Handelsorganisation und die Auswertung der Ergebnisse dieser Forschung in der Praxis ist, so hat doch der Staat die Pflicht, besonders

in einer Zeit stärkster Einschränkung der Rassenkraft, sich mit den Handelsspannen zu befassen. In der Diskussion wies Genosse Schweiher mit Recht darauf hin, daß heute enorme Opfer von der Arbeiterschaft gefordert werden, daß Lohn- und Gehaltsstärkungen im stärksten Ausmaß vorgenommen werden, die eine Verringerung der Produktionskosten um wenige Prozent bewirken sollen, während demgegenüber im Verteilungsapparat noch ungleich größere Einsparungsmöglichkeiten bestehen.

Wir behalten uns vor, auf das wertvolle Material, das die Forschungsstelle für den Handel anlässlich der Diskussion über die Handelsspanne veröffentlicht hat, noch einzugehen.

Enttäuschung in Rußland.

Die unbefriedigenden Produktionsergebnisse des russischen Eisen- und Stahlkonzerns „Stal“.

Der Vorsitzende des Obersten Volkswirtschaftsrats der Sowjetunion, Ordshonitidze, hat soeben eine Verordnung erlassen, in der die überaus unbefriedigende Durchführung des Produktionsprogramms durch die Bundesvereinigung der Eisen- und Stahlindustrie des Bestteils der Sowjetunion „Stal“ im „besonderen Quartal“ 1930 und im ersten Quartal 1931, ferner auf das Steigen der Selbstkosten, Verschlechterung der Qualität der Erzeugnisse hingewiesen wird und gleichzeitig umfangreiche Maßnahmen zur Hebung der Produktion der Werke des Stahlkonzerns angeordnet werden.

Der Erlass stellt fest, daß die Nichtdurchführung des Plans nicht allein auf die unzureichende Versorgung der Eisen- und Stahlwerke und die Transportchwierigkeiten zurückzuführen ist, sondern vor allem auch auf die schlechte technische Leitung. Die Wirtschaftsorgane und das technische Personal der Eisen- und Stahlwerke hätten sich hilflos gezeigt und seien unfähig gewesen, die vorhandenen Rohstoffe- und Brennstoffvorräte richtig zu verteilen. In den einzelnen Schichten der Arbeiter sei ferner ein Sinken der Arbeitsdisziplin zu verzeichnen.

Rohlenförderung bleibt schlecht.

Auch im März hat sich die Lage im Steinkohlenbergbau noch nicht gebessert. So stellte sich die im Berichtsmonat geförderte Kohlenmenge auf 7,71 gegen 7,13 Millionen Tonnen im Februar. Da der März jedoch 26 gegen nur 24 Arbeitstage des Februar aufweist, hat sich die arbeitstägliche Förderung im März gegenüber dem Vormonat von 297 474 auf 296 553 Tonnen sogar noch verringert. Noch härter ging die Kohsproduktion mit arbeitstäglich 57 050 gegen 60 334 Tonnen im Februar zurück. Infolge des anhaltenden Druckes auf dem Absatzmarkt sind die Haldebestände von 9,99 auf 10,17 Millionen Tonnen angewachsen. Dementsprechend hat sich auch der Beschäftigungsgrad weiter verschlechtert, und die Gesamtbeschäftigung im Kohbergbau verlagerte sich im März um weitere 16 100 auf 268 500 Mann. Seit dem März 1930 sind damit über 98 000 Bergleute abgebaut worden.

Einzig und allein im Braunkohlenbergbau hat die nachwinterliche Kälteperiode eine kurze Belebung des Geschäftes in Hausbrandkohlens gebracht. Da der Kohlenhandel jedoch in erster Linie auf Räumung seiner Lager bedacht war, kam diese Belebung der Produktion selbst kaum zugute, wenn auch die Stapelbestände im März etwas abgebaut werden konnten.

Der Tote am Wiesenrande

Wie die Mordkommission arbeitet

Um auch dem Laien einen Begriff davon zu geben, wie die Aufklärung eines Mordes vor sich geht, wie die kriminalistische Arbeit, von der ersten telephonischen Mitteilung bis zur Klärung des Kriminalverhältnisses ausbleibt, veröffentlichten wir hier einen Bericht, der aus dem Berliner Vorkommnisse stammt und über die Tätigkeit der Mordkommission in allen ihren Einzelheiten Aufklärung gibt.

Mordfall

Telephongespräch vom Revier an den Kriminalkommissar vom Dienst: „In unserem Revier ist um 7 Uhr früh eine männliche Leiche gefunden. Augenscheinlich liegt Verbrechen vor.“

Der Kriminalkommissar vom Dienst, sogenannter Dauerdienst der Kriminalpolizei, gibt die Meldung an den Leiter der Kriminalinspektion A (Mordkommission) weiter. Dieser holt die Entschuldig des Chefs der Kriminalpolizei ein: Aktive Kommission. Die Benachrichtigung der Mitglieder dieser Kommission, des diensthabenden Kriminalarztes und des Mordautops, erfolgt durch den Kriminalkommissar vom Dienst.

Am Tatort, auf einer Wiese, unmittelbar an der Landstraße hingestreckt, die Leiche eines jungen Mannes. Schon von weitem erkennbar ein tiefer Halschnitt. Die Art der Verletzung an sich ist noch kein Beweis der Tötung von fremder Hand. Auch Selbstmörder sterben so. Aber: die Hände sind blutfrei — ein Messer ist nicht vorhanden — die Schuhe und Strümpfe liegen im Straßenschlamm — die ganze Lage der Leiche — alles deutet auf Mord. Wie hat sich die Tötung abgespielt? Ging ein Streit voraus? Welches Motiv liegt der Tat zugrunde? Alles Gesichtspunkte, die für die spätere kriminalrechtliche Beurteilung von ausschlaggebender Bedeutung sind.

Die Lage der Leiche, die Art der Verletzung, Beschaffenheit der Kleidung, Fundort der Schuhe — alles das sind Momente von größter Tragweite. Wichtig auch ein weißes Blatt seitwärts vom Kopf der Leiche — in Verbindung mit den anderen Indizien ein Beweis dafür, daß der junge Mann da, wo er gefunden, auch getötet worden ist. Die Art der Verteilung des Blutes auf die Kleidung außerordentlich wesentlich, weil besonders hieraus zu entscheiden, ob der Schnitt geführt wurde, als das Opfer schon am Boden lag oder als es stand. Photographen und Skizzenzeichner haben inzwischen ihre Apparatur aus dem Wagen genommen. Aufnahmen der Leiche im Rahmen der engeren und weiteren Umgebung. Anfertigung von Skizzen, die insbesondere alle Maße enthalten. Die Spurensicherung muß sich in diesem Falle auf das Ausgleichen von Fußspuren beschränken.

Noch am Tatort wird der Gesamtschuld in eingehendem Bericht zusammengefaßt. Schreibmaschine, Tisch, alles Nötige ist im Mordauto vorhanden. Kriminalistische Diagnose: Tötung von fremder Hand — Motiv unbekannt, Persönlichkeit des Toten noch nicht festgestellt.

Schon an Ort und Stelle erhält die vorher benachrichtigte Presse Informationen. Ihre Mitwirkung und durch sie die Mitwirkung des Publikums ist in diesem Falle um so mehr erwünscht, als der Befund an sich keine weiteren Anhaltspunkte gibt.

Die Arbeit am Tatort ist beendet — die Leiche wird dem Schauhaus zugeführt. Die weitere kriminalistische Tätigkeit erfolgt aus zwei verschiedenen Gesichtspunkten: Feststellung der Persönlichkeit des Getöteten — Ermittlung des Täters. Möglich, daß durch das eine auch das andere geklärt wird — möglich aber auch, daß jede der beiden Fragen für sich abhängig von der anderen gelöst werden muß.

Runmehr zunächst eingehende Durchsicht der Kartei für vermehrte Personen. Auch im großen Publikum ist es ja bereits bekannt, daß bei der Kriminalpolizei eine Vermisstenkartei für Vermisste und unbekannte Tote besteht. Für Preußen und mehrere angeschlossene Länder zuständig, werden bei dieser Stelle monatlich etwa 1000 Personen als vermist gemeldet. Hieron knapp die Hälfte aus Groß-Berlin. Die Durchsicht der in der Kartei ständig vorhandenen 1000 Karten für Vermisste geht in sehr kurzer Zeit vor sich, da die Karten nach dem Alter des Vermissten und nach sonstigen Gesichtspunkten übersichtlich geordnet sind. Als vermist ist der junge Mann noch nicht gemeldet.

In sämtlichen Polizeirevierern Groß-Berlins (163) bringt der Ferndrucker in Marsch folgende Depesche:

„Mordkommission X. an alle. Heute morgen 7 Uhr auf B.-Landstraße, 500 Meter von B. entfernt, junger Mann mit durchschnittenem Halse aufgefunden. 1,80 Meter groß, um 20 Jahre herum, blond, bartlos, blaue Augen — am Ring- und Mittelfinger rechter Hand fehlt je das erste Glied. Kleidung: helles, einfarbiges Sporthemd — im Hemdtragen eingedruckt Firmenbezeichnung C. & O. Erlangen. Nachricht, insbesondere auch über Persönlichkeit des Toten.“

Die Depesche wird ausgelesen und der Revierkriminalpolizei übergeben. In 130 polizeilichen Empfangsstationen — über ganz Deutschland verteilt — wird gleichzeitig ein Funkpruch ähnlichen Inhalts aufgenommen. „Postamt — Kripo Berlin — Mordkommission X. an alle.“

In noch größerem Umfange verbreitet das deutsche Kriminalblatt die auf das Verbrechen bezügliche Bekanntmachung mit dem Bilde des Getöteten. Plakate mit Lichtbildern des Toten gelangen in Groß-Berlin zum Anschlag. Nicht nur an den Säulen, auch auf Bahnhöfen, in Herbergen, Schanklokalen, Arbeitsnachweisen, Krankenkassen usw. werden sie verteilt. In Tausenden von Exemplaren werden sie auch an alle auswärtigen Polizeibehörden versandt. Auch der Unterhaltungsgrundfunk und die Kinowörter werden um Mitwirkung ersucht. Eine Art Werbefpropaganda für einen bestimmten kriminalistischen Zweck — eingestellt auf Behörden und Beamte einerseits, auf das Publikum andererseits.

Die außerordentlichen Maßnahmen, die getroffen werden, bleiben nicht vergeblich. Nach einiger Zeit erkennt man bei einer ostpreussischen Polizeibehörde nach der Abbildung einen jungen Mann aus der dortigen Gegend. Die Annahme, daß mit der Feststellung der Persönlichkeit des Toten zugleich auch die Ermittlung des Täters möglich wäre, bestätigt sich leider nicht so bald. Auch zur Feststellung des Toten erst der Weg von Königsberg nach Berlin eingeschlagen werden, so ist der Weg vom Tatort zum Täter noch viel weiter. Viel später erst kann man feststellen, daß der Ermordete von Johannsdorf über Königsberg, Elbing und weitere Zwischenstationen nach Berlin gekommen ist. Er hatte sich auf der Reise einen falschen Namen zugelegt, für den er die entsprechenden Papiere bei sich führte. Auf Grund umfangreicher Ausforschungen wird weiterhin in Altona ein Mann ermittelt, der im Besitze der Papiere des Ermordeten ist. Nicht der richtige, sondern auch der falsche Ausweispapier. Bei seiner Vernehmung gibt er an, die Papiere eines Tag nach der Mordtat von einem Unbekannten in Berlin gekauft zu haben. Dieser Mann wird dann von Altona nach Berlin gebracht — und die endgültige Klärung kann nunmehr erfolgen.

der bin, für den ich mich ausbeute? — Seien Sie doch nicht wieder so leichtsinnig. So wollen wir es nicht machen. Sondern so: Sie gehen jetzt auf Ihr Zimmer, packen Ihre Sachen, bezahlen Ihre Rechnung, und wir gehen dann gemeinsam auf die Post. Dort tun wir das Geld in ein schon von mir für diesen Zweck vorbereitetes Kuvert und senden es gut versichert an die Stelle, für die es bestimmt war, nämlich an die Gesellschaft, bei der Ihr Onkel sich einlaufen wollte. Dann sehen wir uns in unseren Zug und fahren — Sie drücker und ich zweiter, wenn Sie erlauben — zurück und sind morgen wieder daheim. Seelen Sie sich. Der Zug geht in einer knappen Stunde. Ich warte hier auf Sie.“

„Reiter VI war fertig mit Lesen. Er drehte das letzte Blatt hin und her, als suche er nach weiteren, und rollte sie dann alle, wie seine Zeitungen, zusammen, während er mich anfunkelte: „Weshalb haben Sie die Geschichte eigentlich geschrieben?“ Ich erwiderte freundlich: „Einmal, weil es mir Spaß machte. Dann, um das gute Beispiel unseres Doktors wirken zu lassen, der uns gezeigt hat, wie man derartige Fälle auch auf eine vernünftige Art und Weise (und dabei zu voller Befriedigung aller Beteiligten), erledigen kann, ohne gleich zum Kadi zu laufen, wenn man nur den guten Willen dazu hat.“

„Aber die Geschichte ist ja gar nicht zu Ende?“ „Ganz recht“, bestätigte Dr. Sterling. „Es fehlt der Schluß, und Sie sollen ihn haben. Also: mein Experiment ist gelungen. Vor einigen Wochen ist nach zweiundneunzig Jahren die letzte Rate der unterschlagenen Summe zurückgezahlt, und der Hebelstater hat sich mit seinem Onkel ausgeföhnt. Seine Schuld ist gelöscht. Er grüßt mich, wie Sie gesehen haben, und ich grüße ihn wieder.“ „Und seine Frau?“ „Mühte ich doch noch fragen.“ „Ja, mit der ist es aus. Nicht deswegen, sondern als sie erfuhr, wie er es in München getrieben. Uebrigens ein famoseres Möbel.“ Reiter VI schien durchaus nicht befriedigt: „Sie sind der irdischen Gerechtigkeit in die Arme gefallen“, grüßte er. „Wenn alle so handeln wollten, könnten wir einpacken und verhungern.“

Aber der Doktor sagte ungerührt: „Wie schön wäre das!“

F. H. Chelius: Kinderspielzeug

Eine kulturhistorische Betrachtung

Das erste Spielzeug war sicher etwas in der Natur Gefundenes, was bunt war und glitzerte, bunte Steine, Schneehäuser, Muscheln oder Federn. Und es ist auch sicher nicht zu viel gesagt, wenn man behauptet, daß die Kugel, der Ball und der Kiesel Spielzeuge sind, die so alt sind, wie die Menschheit selber. Es nimmt auch nicht wunder, wenn man bei der Ausgrabung von vorgeschichtlichen Pfahlbauten in der Westschweiz Puppen gefunden hat, die aus einem Aste und einem drum gewickelten Stückchen Fell bestanden. Und wie für die kleinen Mädchen aller Zeiten Puppen, Kochtöpfe und Schalen einen besonderen Reiz hatten, so für die Jungen Jagdgeräte und Waffen. Auch bronzene Raffen wurden bei solchen Ausgrabungen gefunden, und selbst ein Rindersteinkopfschwert konnte in der jüngeren Steinzeit von Prof. Forrer bei Ausgrabungen am Odilsenberg im Elsaß nachgewiesen werden. Der beste Beweis, daß das Spielzeug in seinen Grundformen sich im Laufe der Jahrtausende wenig geändert hat und nur in der Art der Aufmachung sich dem jeweiligen Zeitbilde anpaßt. Und zwei Symbole sind zu allen Zeiten in wechselnden Formen vertreten: der Kampf (für die Jungen) und die Mütterlichkeit (für die Mädchen).

Es steht für uns ohne Frage fest, daß es schon bei den alten Ägyptern eine ausgesprochene Spielzeugindustrie gegeben hat: das beweisen die zahlreichen Grabfunde. Auch die Technik und die Ausarbeitung dieser Spielzeuge stand auf sehr hoher Stufe, denn im Grabe der Sängerin Tachju fand man eine Eisenpuppe (neben anderen Puppen mit beweglichen Gliedern), die wundervoll in der Durcharbeitung ist. Auch die Griechen und Römer kannten die meisten unserer heute noch gebräuchlichen Spielzeuge in ihren Grundformen, sowohl das Schaukelpferd wie den Boulosten, den Puppenwagen wie das Springfeld.

Den Puppen gebührt aber auch aus einem anderen Grunde eine ganz besondere Beachtung. Da es eine Kindermode bis vor wenigen Jahrzehnten noch nicht gegeben hat, wurden die Puppen wie die Kinder nach dem Vorbilde der Erwachsenen gekleidet, so daß aus diesen Puppen der früheren Zeit ein Stück Trachtenkunde uns erhalten ist. Es ist also ein Stück Kulturgeschichte, das sie für uns (vor allem aus der Zeit des Mittelalters) darstellen, selbst wenn ihre Ausführung längst nicht an die Lebensgröße unserer heutigen Puppen heranreicht. In der Kleidung aber sind sie zumeist der Wirklichkeit getreulich nachgebildet, und wenn man die Puppen der Fugger-Kinder sieht, so sind sie bis ins kleinste getreue Nachbildungen der Mode der damaligen Zeit. Die Spielfachen der Fugger-Kinder (seinerzeit sicher die reichsten Erden auf dem ganzen Kontinent) zeichneten sich durchweg durch Kostbarkeit aus, wie schon ihre silbernen Fregatten zeigen, die eine einzigartige Filigranarbeit waren. Eine ähnliche Partik bilden die Puppen der Victoria von England (der späteren Queen), mit der diese bis zu ihrem 14. Jahre spielte. Nicht weniger als 80 sind erhalten und die sind um so interessanter, als die damalige Prinzessin sie alle eigenhändig gekleidet hat, natürlich alle nach der Mode der Erwachsenen der damaligen Zeit. Auch von Goethe existiert heute noch eine Puppe in Berlin, sogar ein selten schön gearbeitetes Exemplar.

Ein weiterer Schritt führt zu der Puppenstube, von der auch in den verschiedenen Museen interessante Exemplare zu sehen sind. Die kostbarste allerdings hat sich die jetzige Königin von England vor Jahren herstellen lassen, an der nicht weniger als 1800 Menschen gearbeitet haben, und die mit allen Schikanen der Neuzeit (Garage, Barmwasser usw.) ausgestattet ist. Es ist allerdings auch weit mehr als eine Puppenstube geworden, nämlich ein ganzes Puppenkönigreich.

Etwas in den Hintergrund getreten sind in letzter Zeit die Puppodaten, die mehr als ein Jahrhundert lang eine dominierende Stellung unter dem Spielzeug der Jungen einnahmen. Dagegen erfreuen sich die Kindertheater immer noch großer Beliebtheit, während die alte Laterna magica dem modernen Kinoapparat hat das Feld räumen müssen.

Kinderspielzeug muß die Fähigkeit haben, die Phantasie der damit Spielenden anzuregen. Je stärker die Illusionskraft des Kindes arbeitet, desto primitiver kann das Spielzeug sein. Daraus sollte man aber die Schlussfolgerung ziehen, daß nicht das Spielzeug das beste ist, das am vollkommensten die Wirklichkeit imitiert, sondern das in den Formen am einfachsten gehalten ist und in der Farbenzusammensetzung schon ergiebig wirken kann. Dann erfüllt es am besten seinen doppelten Zweck, das Kind zu beglücken und es zugleich zu belehren.

Noch kostbarer als Radium ist ein neuer Stoff, der „Quintium“ genannt wird; Amerikas ganzer Vorrat daran besteht in einem dreihundertstel Gramm.

John Henry Mackay: Sühne

(Schluß)

Er brauchte nicht auf die Antwort zu warten. Sie kam sofort. Mit einem fast mitleidigen Lächeln über die Einsicht der Frage.

„Woher ich weiß, daß Sie hier sind? Eigentlich könnten Sie sich das selbst sagen, mein junger Herr. Ihre Braut, Fräulein Margarete Schürmer.“

Wieder ein unterdrückter Ausruf, wie ein Fluch. Diesmal klang er wie „Weiber!“

Aber die gleichmütige Stimme sprach weiter:

„Weiber? — Nun ja. Aber konnten Sie sich nicht denken, daß das erste, was wir nach Ihrem Verschwinden taten, das war: uns hinter die einzige Person zu stellen, von der wir annehmen durften, daß Sie ihr schreiben würden? — Wir wußten doch, in welchem Verhältnis sie zu Ihnen stand. Wenn mit irgend jemand, würden Sie sich mit ihr in eine Verbindung setzen. Wir irren uns nicht. Sie hielt erst zu Ihnen. Aber als sie dann erfuhr, wie gemein, wie grenzenlos gemein — bleiben Sie sitzen! — Sie an Ihrem Onkel, der Vaterstelle an Ihnen vertreten, von dem Sie Zeit Ihres Lebens nichts als Güte und Liebe erfahren haben, gehandelt, wurde sie schmantend, und als sie weiter hörte, daß eine Anzeige einstellen nicht gestattet werden sollte, wenn Sie . . . aber davon gleich. Sie versprach, uns Mitteilung zugeben zu lassen, wenn Sie ihr schreiben und Ihren Aufenthaltsort bekanntgeben sollten. Als Sie das dann nach vier Wochen taten, nicht etwa, um Ihre Braut über Ihr Schicksal zu beruhigen, sondern weil Sie zur Erlangung eines Auslandspasses Papiere brauchten, die Sie in der Eile Ihrer Flucht zurückgelassen und die nur sie Ihnen nachschicken konnte, schwanden ihre letzten Bedenken. So kommt es, daß ich hier bin — statt der Papiere.“

Das junge Gesicht war abwechselnd rot und blaß geworden. Aus den Augen, die unruhig hin und her schweiften, als suchten sie nach einem Ausweg, auf dem eine Flucht noch möglich war, sprach noch immer die Angst.

„Wir waren alle drei überzeugt, daß Sie eines Tages an Fräulein Schürmer schreiben würden. Wenn ich nun hier bin, so ist es mit Wissen und Einwilligung Ihres Onkels, den Sie um sein Bestes betrogen und bestohlen haben, indem Sie mit der aus dem Verkauf seines Hauses gelösten Summe durchgingen, dieser Summe, durch die er sich bei der Gesellschaft einlaufen wollte, um den Rest seines Lebens sorgenfrei leben zu können. Er vertraute sie Ihnen an, um sie hinzubringen, da er selbst, krank und bettlägerig, wie er war, es nicht konnte. Er hätte sie Ihnen nicht anvertrauen sollen, meinen Sie? — Sie haben recht. Aber wie konnte er es für möglich halten, daß Sie — Sie! — ihn so schamlos hintergehen würden!“

Der Fühlung, auf den diese Worte wie Schläge niedergingen, starrte weiter vor sich hin. Hatte er wirklich eben recht gehabt? — War noch keine Anzeige gegen ihn erstattet? Oder trieb dieser Mann sein Spiel mit ihm? — Er wagte noch nicht zu hoffen.

Was konnte dieser Dr. Studewell, von dem sein Onkel so oft und so begeistert gesprochen und der ihm nun gegenüberstand, von ihm wollen? — So ernst und bestimmt er sprach, böseartig und hinterhältig schien er nicht zu sein.

Er sollte bald aus seinen Zweifeln gerissen werden.

„Zunächst einmal“, hörte er ihn fragen, „werden Sie mir sagen, wieder noch da ist . . . aber ehrlich.“

„Ne nicht gleich geantwortet wurde, ein scharfes: „Nun?!“

Eine Zahl wurde zögernd genannt.

Dr. Studewell pfiff leise zwischen den Zähnen.

„Alle Wetter!“ sagte er, „für die vier Wochen ganz anständig.“

„Wah! mit Welpen? — Und in München, bevor Ihnen der Boden dort zu heiß wurde, was?“

Er erhielt keine Antwort und fuhr fort:

„Nun, um so schlimmer für Sie. Denn — hören Sie mir jetzt genau zu. Wir könnten Sie den Gerichten übergeben. Aber was hätten wir davon? — Sie bekämen Ihre zwei, drei Jahre, kaum weniger, eher noch mehr und wären für Ihr Leben ein verlorener Mensch; Ihr Onkel wäre um diese Summe, die Sie eben genannt haben, ärmer, was für ihn, in seinem Alter, eine Reihe nur schwer noch ertragbarer Entbehrungen bedeuten würde; und die menschliche Gesellschaft, — aber lassen wir die menschliche Gesellschaft lieber.“

Der Sprechende legte seine Hand ganz leicht auf den Arm des vor ihm Sitzenden und sah ihm fest, aber nicht unfreundlich in die Augen, während er sagte:

„Rein, Julius Nibel, wir werden etwas anderes tun. Nämlich dies: Sie werden Ihrem Onkel die veruntreute Summe ersetzen. Bis auf den letzten Pfennig ersetzen. Wie? — Durch Ihre Arbeit.“

— Sie werden arbeiten, wie Sie bisher in Ihrem Leben noch nie gearbeitet haben. Sie werden auf alles verzichten und sich in allem auf das Neueste einschränken. Sie werden in den nächsten Jahren keinen anderen Gedanken haben, als diesen einen: Sie werden sich jedes Vergnügens verweigern. Sie werden hungern, wenn es sein muß. . . Aber — Sie werden nach diesen Jahren wieder dastehen, als ein ehrlicher Mensch, der seinen Rützenschen frei und offen ins Gesicht sehen kann. So werden Sie sühnen, was Sie begangen haben, ohne die Buße auf sich nehmen zu müssen, die Ihnen andere, die Ihre Tat im Grunde nichts angeht, Ihnen auferlegen würden, wüßten sie von ihr. Haben Sie mich nicht verstanden? — Dann sehen Sie mich an, geben Sie mir Ihre Hand und sagen Sie: Ja! —“

Dr. Studewell erhielt erst keine Antwort und seine Hand wurde nicht genommen. Aber er sah, wie der Kopf ihm gegenüber langsam nieder sank, sich in die Arme vorgrub, und wie der junge Körper von einem plötzlichen, heftigen Schluchzen hin- und hergeschüttelt wurde.

Er ließ ihn. Er sah von ihm fort, über das Geländer der Veranda hinaus in das abendliche Band, das im Frieden dalag, und an dessen Horizont die Wolken hingen wie graue Schleiher.

Erst eine heftige Bewegung des jungen Menschen, der sich ebenso plötzlich wieder aufrichtete und nun in die Brusttasche griff, rief ihn zurück.

„Rahmen Sie!“ hörte er ihn ausrufen. „Nehmen Sie alles, was noch da ist!“

Er wies ihn mit leichtem Lächeln zurück.

„Rein“, sagte er. „Wissen Sie denn überhaupt, ob ich wirklich“